



## Protokoll der 49. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz

Datum: 20. Oktober 2017  
 Zeit: 9.30 – 12.00 Uhr  
 Ort: Hotel Kommod, Industriering 14, 9491 Ruggell  
 Vorsitz: Albert Frick, Präsident des Liechtensteinischen Landtages

### Tagesordnung / Traktanden (gemäss Einladung)

1. Begrüssung und Eröffnung ..... S. 3
2. Impulsreferat der Stiftung „Zukunft.li“ zur Studie „Finanzierung der Alterspflege - Handlungsbedarf und Lösungsansätze“ ..... S. 3
3. Genehmigung des Protokolls der 48. Sitzung vom 19. Mai 2017 ..... S. 13
4. Bericht zur Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) ..... S. 13
5. Neues Leitbild und Strategie der IBK – weiteres Vorgehen der IPBK ..... S. 15
6. Bericht aus der Arbeitsgruppe Verkehr ..... S. 21
7. Bericht aus der Arbeitsgruppe Fluglärm ..... S. 22
  - a) Berichterstattung
  - b) Antrag
8. Information aus dem Steuerungsausschuss ..... S. 28
  - a) Thematik Funkfrequenz
  - b) Aktueller Stand der Überarbeitung der Homepage der IPBK/künftige Pflege/Kosten
9. Diverses ..... S. 30
10. Tagungen der Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz im Jahr 2018 in Schaffhausen – Information des Kantons Schaffhausen ..... S. 31

## Teilnehmende

<b>Appenzell-Auserrhoden</b>	Florian Hunziker, Kantonsratspräsident Beat Landolt, 1. Vizepräsident
<b>Appenzell-Innerrhoden</b>	Sepp Neff, Grossratspräsident Jakob Signer, Grossrat
<b>Baden-Württemberg</b>	Muhterem Aras, Präsidentin des Landtages Emil Sänze, Mitglied des Landtages
<b>Liechtenstein</b>	Albert Frick, Landtagspräsident Violanda Lanter-Koller, Landtagsabgeordnete Patrick Risch, Landtagsabgeordneter
<b>Schaffhausen</b>	Hedy Mannhart, Kantonsrätin Markus Müller, Kantonsrat Kurt Zubler, Kantonsrat
<b>St. Gallen</b>	Ivan Louis, Kantonsratspräsident Felix Bischofberger, Kantonsrat Walter Freund, Kantonsrat Josef Kofler, Kantonsrat
<b>Thurgau</b>	Turi Schallenberg, Grossrats-Vizepräsident Gallus Müller, Kantonsrat Stephan Tobler, Kantonsrat
<b>Vorarlberg</b>	Harald Sonderegger, Landtagspräsident Gabriele Nussbaumer, Landtagsvizepräsidentin Cornelia Michalke, Landtagsabgeordnete
<b>Zürich</b>	Karin Egli-Zimmermann, Kantonsratspräsidentin Yvonne Bürgin, 1. Vizepräsidentin Esther Guyer, Kantonsrätin
<b>Referenten / Gäste</b>	Peter Beck, Projektleiter der Stiftung „Zukunft.li“ Klaus-Dieter Schnell, Geschäftsführer der IBK Ruth Haefelin, Mitarbeiterin der Stabsstelle Regierungsssekretär (in Vertretung des Vorsitzenden des ständigen Ausschusses der IBK) Dr. Arthur Loepfe, Mitglied des Bodenseerates Josef Büchelmeier, Geschäftsführer des ISB
<b>Verwaltung</b>	Borghild Goldgruber-Reiner, Landtagsdirektorin, Vlbg. Martina Harder, Kantonsratssekretärin, Schaffhausen Josef Hilti, Landtagssekretär, FL Reinhard Hönle, Referatsleiter, Baden-Württemberg Renate Hugendubel, Pers. Referentin der Präsidentin des Landtages von Baden-Württemberg Philipp Pfeiffer, Landtagssekretär-Stellvertreter, FL Matthias Renn, Geschäftsführer Parlamentarische Vertretungen, St. Gallen Dr. Moritz Von Wyss., Leiter Parlamentsdienste, Zürich Gabriele Wachter, Mitarbeiterin Parlamentsdienst, FL

## 1. Begrüssung und Eröffnung

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Es ist das letzte Mal, dass ich die Ehre habe, diese Glocke zu bedienen. Sehr geehrte Delegierte, guten Morgen. Nach dem Vortages-Programm, das uns beispielhaft einen Einblick in das liechtensteinische Industrieschaffen und ein gemütliches Beisammensein verschaffte, freue ich mich, Sie heute zur Konferenz der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz begrüßen zu dürfen. Ich stelle fest, dass neun Mitgliedsländer bzw. -Kantone vertreten sind. Nicht vertreten ist die Delegation des Freistaats Bayern.

Die vom Steuerungsausschuss festgelegte Tagesordnung liegt Ihnen vor. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir den Zeitplan, den ich jeweils vorgeben werde, für die einzelnen Traktanden einhalten könnten.

Abstimmungen und Wahlen werden wir durch Handerheben vornehmen. Und ich bitte Sie, nach meiner Aufforderung ein deutlich sichtbares Handzeichen zu geben, sofern Sie zustimmen wollen. Unser Parlamentsdienst wird die Stimmzählerfunktion wahrnehmen. Vielen Dank.

## 2. Impulsreferat der Stiftung „Zukunft.li“ zur Studie „Finanzierung der Alterspflege - Handlungsbedarf und Lösungsansätze“

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Somit können wir mit der Behandlung der Tagesordnung beginnen und wir kommen gleich zu Traktandum 2: Impulsreferat der Stiftung „Zukunft.li“ zur Studie „Finanzierung der Alterspflege - Handlungsbedarf und Lösungsansätze“. Die gemeinnützige Stiftung Zukunft.li versteht sich als ein liberaler „Think-Tank“ für die Aufarbeitung von Themen aus der Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik, die für die nachhaltige Entwicklung und die Zukunftssicherung Liechtensteins relevant sind. Die Stiftung pflegt den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Die Stiftung hat vor kurzem die erwähnte Studie erstellt und ich freue mich den Projektleiter, Herrn Peter Beck, bei uns begrüßen zu dürfen. Er wird uns die Studie vorstellen. Wir haben zum Traktandenpunkt inklusive der Beantwortung von Fragen einen Zeitrahmen von 40 Minuten vorgesehen. Lieber Peter, ich bedanke mich für dein Kommen und freue mich, dir das Wort übergeben zu dürfen.

**Peter Beck (Stiftung „Zukunft.li):** Meine Damen und Herren, ich hoffe Sie verzeihen mir, dass ich auf die protokollarisch richtige Begrüssung verzichte. Ich kam da an meine Grenzen, wie das richtig gegangen wäre. Herzlich willkommen bei uns im Kommod und das darf ich sagen, denn wir, die Stiftung Zukunft.li. haben unsere Büros auch hier. Herzlichen Dank auch für die Einladung.

Wir haben uns in unserer Studie, die vor Ihnen liegt, mit dem Thema der Finanzierung der Alterspflege befasst. Was haben wir uns angeschaut? Wir haben uns ganz klar auf die Finanzierung fokussiert. Das Thema Alterspflege, ich denke es ist Ihnen allen bekannt, hat sehr viele Herausforderungen, auf die ich auch noch eingehen werde. Aber fokussiert haben wir

uns auf das Thema, wer soll denn das noch bezahlen und wie soll es in Zukunft bezahlt werden. Einfach, dass wir auch eine Studie in einem Umfang machen können, die noch gelesen wird.

Wir haben uns natürlich auf Liechtenstein konzentriert. Das ist unser Gebiet, das wir anschauen werden. Wir haben aber auch Vergleiche mit den Nachbarstaaten, insbesondere mit der Schweiz, gemacht, weil wir da einfach ein sehr gutes Datenmaterial haben. Wir haben das heutige System angeschaut, wie es heute funktioniert, wie es finanziert wird. Und ich denke, da sind insbesondere für Parlamentarierinnen und Parlamentarier einige spannende Ergebnisse dabei. Wir haben uns überlegt, wie sich die Kosten bis ins Jahr 2050 entwickeln werden. Wieso 2050? Wir haben Bevölkerungsszenarien vom Amt für Statistik, die reichen bis 2050. Das sind also belastbare Zahlen die wir haben, an denen wir wirklich prüfen können, wie sich das entwickeln wird, in denen wir Altersentwicklungen haben, etc. Wir haben einen Lösungsansatz, der allerdings das Problem nicht löst, sondern mildern kann, vorgestellt, da werde ich darauf eingehen, nämlich ein sogenanntes vererbbares Pflegekapital.

Und dann natürlich, wie es sich gehört für einen „Think-Tank“, haben wir Empfehlungen an die Politik ausgesprochen, die dann hoffentlich auch aufgenommen werden beziehungsweise schon aufgenommen worden sind.

Was sind die wichtigsten Erkenntnisse unserer Studie? Das wird nicht erstaunen, wir haben es umschrieben. Das ist vielleicht ein bisschen morbide, das geben wir zu, von der Tanne zur Urne. Das bezieht sich allerdings auf die Form und nicht auf das Ziel. Wir sprechen ja allgemein von einer Alterspyramide, aber eine Alterspyramide, das muss ich Ihnen nicht sagen, haben wir schon lange nicht mehr, es ist schon lange keine Pyramide mehr. Sondern heute kann man, wenn man ein bisschen Fantasie hat, von einer Tanne sprechen. Wenn man die Zahlen bis ins Jahr 2050 anschaut, wird es sich in Liechtenstein so entwickeln, dass wir von einer Urnenform sprechen. Es gibt auch den Begriff des „Altersdöners“ und ist ehrlich gesagt auch nicht besser und ist auch keine Erfindung von uns. Wir haben uns hier für die Urne entschieden. Es ist auch egal, welche Form es schlussendlich annimmt. Ich glaube, es ist einfach wichtig, die Entwicklung, wohin es geht, zu sehen. Bei der Finanzierung der Alterspflege geht es uns insbesondere um Personen, die älter als 80 Jahre sind. Es ist ganz klar, die Pflege tritt eigentlich in diesem Alter, 80 Plus, ein, vorher hat man natürlich Pflegefälle, die vielleicht durch Krankheit etc. bedingt sind, aber Alterspflege ist eigentlich erst dann. Und das Spannende daran ist, die Alterspflege, die Dauer der Pflege, ist eigentlich in den letzten Jahrzehnten immer gleich lang, aber sie tritt heute später ein, weil die Menschen älter werden. Aber sie müssen nicht weniger gepflegt werden.

Deshalb ist für uns die Zahl der 80 Plus spannend, und da muss man sehen, nur in Liechtenstein wird sich die Anzahl der 80 Plus Personen bis 2030 verdoppeln und bis 2050 vervierfachen. Die Entwicklung wird in den umliegenden Ländern nicht anders sein, wir sind da von der Altersstruktur ziemlich ähnlich. Wie man sieht, wir haben hier die Personen 65 bis 79 und rot sind die Personen 80 Plus. Wir haben 2015 1'329 Personen, die 80 Plus waren. Wenn die Bevölkerungsszenarien so eintreten wie vorhergesagt, und das ist ja nicht wirklich schwierig, weil die Personen sind ja schon alle auf der Welt. Es geht nur noch darum, stimmen die Sterbetafeln und die haben sich in der Vergangenheit eher nach oben entwickelt, werden wir 2050 5'224 Personen haben, die 80 Jahre und älter sind, die also potenziell der Pflege bedürfen. Und das ist eine Herausforderung.

Ein Thema wird die Finanzierung sein, aber wir werden auch noch ganz kurz zeigen, was die anderen Herausforderungen in diesem Bereich sind. Zum Beispiel haben wir uns angeschaut, was ist relevant für die Finanzierung der Altersvorsorge und -pflege, die Entwicklung der aktiven Personen, das sind die 20- bis 64-Jährigen, also diejenigen die Beiträge zahlen, pro Rentner. Und da haben wir heute ein Verhältnis von 1 zu 3,8, also 3,8 Personen die sozusagen einen Rentner finanzieren. Und das wird sich entwickeln bis 2050 zu einem Verhältnis von 1,9, also dann haben wir 1,9 Aktive, die noch für einen Rentner aufkommen müssen.

Wir haben, und das wird häufig unterschätzt, wahrscheinlich noch eine viel grössere Herausforderung, nämlich die Ressourcen für professionelle Alterspflege. Wir haben heute ein Verhältnis Aktive pro Hochaltrigen, also 80 Plus, von 17,8 Aktiven auf 80 Plus Menschen. Und im Jahr 2050 werden wir noch 4,5 Aktive haben pro 80 plus Menschen. Das bedeutet also, jeder Vierte oder Fünfte müsste in der Alterspflege aktiv sein, wenn wir eine 1:1 Betreuung bräuchten. Es gibt heute Anzeichen, und das haben wir auch nachweisen können, dass zum Beispiel in einem Altersheim oder in einem Pflegeheim das Betreuungsverhältnis eigentlich fast 1:1 ist, weil 24 Stunden-Betreuung, 7 Tage in der Woche, Ferien, Arbeitsausfälle etc. Das ist schon eine Zahl, die wir beachten müssen. Und das ist nicht ein Thema von Geld, sondern das ist ein Thema der Ressourcen. Wie werden wir das bewältigen können? Es beginnen einige die Lehre, aber es steigen extrem viele dann später im Job aus: Sehr strenger Job, schlechte Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung. Das wird eine grosse Herausforderung sein, die auf unsere Länder zukommt. Ich habe selbst eine Nichte, die ist Krankenschwester, das heisst heute Fachangestellte Gesundheit. Die hat gesagt, dass sie nie in die Alterspflege gehen würde. Sie sei jetzt 20 Jahre alt. Sie wolle doch nicht immer um alte Leute rum sein. Also das wird eine grosse Herausforderung sein.

Und dann, auch das ist nicht zu unterschätzen, nämlich das Potenzial für freiwillige Alterspflege. Es gibt sehr erfolgreiche Projekte, es gibt auch weniger erfolgreiche Projekte, wo sich Leute, die nicht mehr im aktiven Arbeitsleben sind, sagen, ich gehe in ein Altersheim, ich kümmere mich am Nachmittag, ich beschäftige mich mit Leuten, ich spiele mit denen Kartenspiele, was auch immer. Und dieses Verhältnis wird sich auch verändern. Da haben wir die sogenannten Jungrentner angeschaut, das sind 65- bis 79-jährige Personen pro Hochaltrigem. Und auch da sehen wir, das ist heute im Verhältnis von 3,7 zu 1 und das geht auf 1,4 zu 1 zu. Und das ist auch nicht zu unterschätzen, diese freiwillige Alterspflege. Und da geht es ja nicht um Pflege, sondern da geht es um Betreuung, sich mit den Menschen zu beschäftigen, mit ihnen zu sprechen. Auch das wird abnehmen.

Also wir haben nicht nur finanzielle Herausforderungen. Die sind gross genug, da komme ich nachher noch darauf, sondern wir haben auch dieses Thema der Ressourcen beziehungsweise der Arbeitskräfte, die sich überhaupt um dieses Thema kümmern können und wollen.

Heute ist es so: In Liechtenstein, und ich denke auch in Ihren Ländern, gibt es einen Zuzug aus zum Beispiel osteuropäischen Ländern, dass Pflegerinnen und Pfleger zu uns kommen, weil sie gut verdienen etc. Aber dann entsteht das Problem einfach in Osteuropa. Irgendwo müssen wir dieses Problem in den Griff bekommen.

Wie ist heute die Finanzierung der Alterspflege in Liechtenstein? Das ist spannend, denke ich, für Parlamentarierinnen und Parlamentarier, weil man da vielleicht zweimal hinschauen muss. Wir haben bei uns ganz klar ausgewiesene Kosten von CHF 15,4 Mio. Also das ist das,

was im Landesvoranschlag relativ einfach zu finden ist, was die Alterspflege kostet. Das setzt sich zusammen aus verschiedenen Beiträgen, die geleistet werden. Wir haben ja sozusagen vier Formen. Wir haben die Pflege ambulant, Pflege ist ja wirklich immer eine medizinische Leistung: Spritzen geben, Verbände wechseln etc. Und Betreuung ist eben keine medizinische: waschen, sich mit den Leuten beschäftigen, kochen etc. Das ist die Unterscheidung. Wir haben Betreuung und Pflege stationär, die Pflegeheime. Wir haben Betreuung ambulant, das ist die Spitex oder Familienhilfe, und wir haben noch andere Betreuungsformen. Und es gehen direkt nachvollziehbar CHF 15,4 Mio. vom Staat und den Gemeinden, das ist noch wichtig, in diese Betreuungsformen.

Es gibt neben dem Staat noch zwei andere Zahlen, nämlich die Krankenkassen und die Klientinnen und Klienten. Schlussendlich gibt es einen Zahler, und das ist die Bevölkerung, aber das ist normal, irgendwoher muss das Geld ja kommen. Aber es gibt eigentlich nur diese drei Finanzierer in einem solchen System. Und wenn man das oberflächlich anschaut, sagt man, gut, die Krankenkassen steuern ja CHF 10,3 Mio. zum System bei. Das stimmt grundsätzlich, aber in diesen CHF 10,3 Mio. ist noch ein Staatsbeitrag von CHF 3,1 Mio. enthalten. Und dasselbe bei den Klienten und Klientinnen wo man sagt, die leisten CHF 17,2 Mio. Das ist so auch richtig, aber von diesen CHF 17,2 Mio. werden auch noch einmal vom Staat CHF 8,2 Mio. über Betreuungs- und Pflegegeld etc. finanziert. Also effektive Kosten beim Staat sind nicht CHF 15,4 Mio., sondern CHF 26,7 Mio. Ich denke, das ist einfach spannend für die Transparenz der wahren Kosten, die entstehen in diesem System. Es ist gar nicht so einfach, das auszuarbeiten. Das hat sehr viel Arbeit gebraucht, auch durch Zusammenarbeit mit den Anbieterinnen und Anbietern.

Wie sieht also die Kostenentwicklung aus? Wir haben hier die heutigen Kosten genommen und haben nur die demografische Entwicklung hinterlegt. Wir reden heute von Kosten in Liechtenstein von rund CHF 42,43 Mio., die in diese Pflege und Betreuung gehen. Wenn wir nur die Demografie hinterlegen, werden wir bis 2030 ein jährliches Kostenwachstum von 4,8% in diesem Bereich haben und sprechen dann 2030 von CHF 90 Mio. und 2050 von CHF 152 Mio., also fast Faktor 4 höhere Kosten oder Faktor 3 höhere Kosten als wir heute haben. Und das ist nur die Demografie. Wir haben nichts gemacht ansonsten, nur die Demografie hinterlegt, die heutigen Kosten. Das ist nicht realistisch, wir haben es gesehen. Uns wird das Pflegepersonal ausgehen. Wir werden ganz sicher als Staat da etwas unternehmen müssen oder als Anbieter, dass die Löhne steigen werden. Das wird ein ganz klarer Anbietermarkt werden.

Wir haben uns mit Experten unterhalten. Wie wird sich die Digitalisierung auswirken? Ja, natürlich wird die Digitalisierung zur Vereinfachung führen: automatische Messungen, automatische Kontrollen. Das tönt immer sehr morbide. Lebt die Person noch etc. Aber gleichzeitig werden neue Kosten entstehen: Wartung der Systeme, Investitionskosten in die Systeme etc. Also das wird relativ neutral sein. Aber wenn wir nur sagen, wir hinterlegen eine Kostensteigerung, Fallkostensteigerung von 1% pro Jahr, also pro Jahr wird jeder Fall 1% teurer, dann sieht das schon anders aus. Dann reden wir nämlich von 5,8% Kostensteigerung pro Jahr und dann reden wir im Jahr 2030 von über CHF 100 Mio. und im Jahr 2050 von über CHF 200 Mio., die das nur in Liechtenstein kosten wird. Da haben wir diese Vervierfachung der Kosten von 1% und wenn man die Entwicklung sieht, ist das wahrscheinlich sehr konservativ geschätzt.

Wie wird das in Liechtenstein bezahlt? Wir haben diese Unterteilung, wie wir sie heute gesehen haben, also auf öffentliche Hand, Krankenkasse, Klientinnen und Klienten. Es gibt noch Spenden, zum Teil Erbschaften etc., die vermacht werden, aber das ist vernachlässigbar. Also wenn wir nur das heutige so umlegen, sprechen wir beim Staat heute von Kosten von rund CHF 25 Mio. und bis 2050 von über CHF 100 Mio. Heute ist das Budget in Liechtenstein bei rund CHF 800 Mio., das wird hoffentlich auch ansteigen bis 2050. Aber der Anteil wird einfach sehr relevant sein von diesen Kosten, die da auf uns zukommen.

Wenn man das heute finanzieren müsste, würde das bedeuten, wir müssten die Mehrwertsteuer um 3% erhöhen oder die Vermögens- und Erwerbsteuer oder nur die Erwerbssteuer um 40% erhöhen, beides sehr beliebte Massnahmen, die wir hier ergreifen könnten. Bei der Mehrwertsteuer haben wir nicht einmal die Souveränität. Auch die Krankenkassenprämie würde sich für den Bereich Pflege vervierfachen in dieser Zeit. Von heute CHF 20 pro Monat pro Person auf CHF 80 pro Monat pro Person.

Was gibt es für Handlungsoptionen? Wir machen weiter wie bisher, das ist auch immer eine Option. Nur das verschiebt einfach eine hohe Finanzierungslast auf die künftigen Generationen. Wie sollen sie das dann finanzieren in 20, 30 Jahren? Wir reduzieren die Finanzierung durch die öffentliche Hand und sagen, es gibt jetzt halt nicht mehr so viel. Lieber Klient, wenn du ins Pflegeheim willst oder musst, dann musst du selber mehr bezahlen. Da ist die Frage: wird freiwillig für den Pflegefall gespart? Da glauben wir, obwohl wir ein liberaler „Think-Tank“ sind, nicht daran. Das Risiko wird steigen, dass es halt über andere Kassen finanziert wird, über die ganzen Sozialversicherungen. Man lässt bei uns ja die Leute nicht durchs Netz fallen und das ist auch richtig. Also es wird dann irgendwie finanziert. Oder es muss ein starker Rückgriff auf Vermögenswerte stattfinden, das ist bei uns in Liechtenstein noch nicht so stark der Fall, wie es in anderen Ländern ist. Man könnte eine klassische Versicherungslösung machen. Da haben wir eine zusätzliche solidarische Versicherung. Da sind wir vollständig dagegen als Stiftung Zukunft.li, weil wir denken, jeder ist in einem gewissen Bereich für sich selbst verantwortlich. Und immer mehr dieser Solidaritäten bedeutet auch, dass es meistens eine Verschiebung in die Zukunft gibt.

Oder wir reduzieren die Qualität. Da werden die Kosten gesenkt, es gibt nicht mehr diese Betreuung, es gibt nicht mehr Einzelzimmer, die Betreuung wird heruntergefahren etc. Auch das muss angesprochen werden. Es ist ja nicht so, dass es immer so weiter gehen muss.

Das sind für uns aber keine Handlungsoptionen, sondern wir sind der Meinung, die heutige Qualität sollte erhalten bleiben. Wir sollten eine stärkere Eigenverantwortung in das System bringen. Und deshalb haben wir ein vererbbares Pflegekapital vorgeschlagen. Und das dürfen wir nicht allein auf unsere Fahnen schreiben. Das ist eine Idee der „Avenir Suisse“. Wir sind konkreter geworden als die „Avenir Suisse“ damals und haben hier ein konkretes System vorgeschlagen.

Wie sieht es aus? Jede und Jeder zahlt auf ein individuelles Konto ein. Es beginnt im Alter von 50 Jahren, es kann aber natürlich auch schon im Alter von 45 oder 20 Jahren beginnen. Das sind auch Themen die man sich anschauen muss. Es gibt eine Monatsprämie, weitere Punkte sind natürlich zu definieren. Es kann nicht jeder sparen für seine Zukunft. Wenn man schon wenig Geld hat, dann kann man nicht sagen, jetzt sparst du CHF 200 pro Monat für deine Zukunft und für deine Finanzierung. Es gibt keine Umverteilung in diesem System. Es

ist wirklich ein individuelles Konto und das spezielle daran ist, wenn im Todesfall noch Kapital vorhanden ist, wird dieses vererbt.

Und hier sind wir der Meinung, dass es ein Obligatorium sein muss. Das Sparen dauert bis zur Inanspruchnahme von Pflegeleistungen, also es hört nicht mit 65 auf. Sondern es ist wie eine Krankenkasse, die bezahlt man auch das ganze Leben. Wieso soll man mit 65 aufhören zu sparen für die Alterspflege. Also in dem Moment, wo ein Arzt feststellt, du bist jetzt so und so pflegebedürftig, das muss definiert werden. Ab diesem Moment wird nicht mehr gespart, sondern es wird aus dieser Kasse bezogen. Und sämtliche Leistungen, die bezogen werden, werden anfänglich von diesem Geld finanziert. Also weder der Staat, noch der Klient, noch die Krankenkasse finanzieren irgendetwas, sondern nur aus diesem angesparten Kapital wird finanziert.

Ich sage Ihnen später von wie viel wir hier ungefähr reden könnten. Das Ganze ist aber dringend, das Problem kommt auf uns zu. Und zwar mit den grossen 60er-Jahrgängen, die Baby-Boomer-Jahrgänge, die drohen mit Pension und dann irgendwann mit Alterspflege. Und das wird neben anderen Herausforderungen, eine riesige Herausforderung für dieses System werden. Deshalb müssen wir jetzt oder zumindest in den nächsten Jahren entscheiden. Weil die Anlaufzeit dieses Systems ist einfach unglaublich lange. Wir haben hier einmal hinterlegt, wir würden im Jahr 2017, das wird sehr knapp werden, dieses System einführen. Was würde das für einen Jahrgang 1945 bedeuten? Er hätte zum Zeitpunkt des Pflegefalls irgendwo bei 81 Jahren, ein Kapital unter CHF 40'000 gespart. Ein Jahrgang 1950 wäre schon höher, ein Jahrgang 1960 wäre dann irgendwo bei CHF 110'000, die er für sich gespart für diesen Pflegefall hat. Also das ist wenn wir das jetzt einführen. Je mehr es sich hinausschiebt, umso mehr werden wir diese grossen Jahrgänge halt nicht abfangen können.

Was bedeutet das ganz konkret, wenn wir einen Fall hinterlegen, das ist ein Jahrgang 1972, wir sagen der Sparprozess beginnt mit 50 Jahren. Wir sparen CHF 175 im Monat, mit einer Verzinsung von 2%, die man jetzt hinterlegt hat. Das ist der Zinssatz, der für die Pensionsversicherung noch angenommen wird. Dann reden wir von einem Kapital von rund CHF 110'000. Und das bedeutet bei einer durchschnittlichen Bezugsdauer von 3 Jahren rund CHF 35'000 pro Jahr, die dadurch finanziert werden könnten. Das wird uns nicht retten, das wird das Problem nicht lösen, das wird im besten Fall 15-20% der entstehenden Kosten ausmachen, aber immerhin 20% des Wachstums, das nicht finanziert werden müsste durch die zukünftigen Generationen.

Wir haben einige Empfehlungen an die Politik abgegeben, die sich auch auf Liechtenstein beziehen, Sie finden es in unserer Studie, es geht zum Teil auch um die Organisation der Alterspflege etc. Unsere Empfehlung an die Politik ist, eine Stärkung der Eigenverantwortung und somit eine finanzielle Entlastung der kommenden Generationen voranzutreiben und ein vererbbares Pflegekapital einzuführen. Das natürlich immer unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit durch die Individuen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich denke es ist ein spannendes Thema, das alle unsere Länder betrifft, nicht nur Liechtenstein. Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank Peter. Wer möchte sich zu Wort melden?



**Cornelia Michalke (Vorarlberg):** Ich hätte eine Frage zum Vorschlag vererbbares Pflegekapital, zum Beispiel einkommensabhängige Befreiung. Sie haben es ja richtig gesagt, dass nicht alle monatlich einen bestimmten Betrag einsparen können, weil sie diesen wahrscheinlich oder vielleicht nicht zur Verfügung haben. Wie gehen Sie mit den Menschen am Ende um? Gibt es da dann die Solidarität der Gesellschaft? Oder mit was rechnen Sie da?

**Peter Beck:** Das ist so. Wir werden so oder so nicht aus dem System herauskommen, dass es Solidarität geben wird und dass die öffentliche Hand finanzieren wird. Ich habe es gesagt, wenn wir annehmen, wir haben CHF 100'000 gespart, wenn jemand heute ins Pflegeheim geht kostet er CHF 130'000 pro Jahr. Wenn wir davon ausgehen eine Person ist 3 Jahre im Pflegeheim dann reden wir von CHF 400'000 Kosten. Dann sind das eben diese 20-25%, danach wird wieder der Staat, es werden die Krankenkassen und es werden die Klientinnen und Klienten selbst finanzieren. Und ja, bei Personen die es sich schlichtweg nicht leisten können zu sparen, weil sie zu wenig verdienen, zu wenig Geld haben, da wird weiterhin das System, der Staat und die Allgemeinheit dafür gradestehen müssen.

**Cornelia Michalke (Vorarlberg):** Haben Sie eine Vorstellung ab wann oder welcher Betrag ausschlaggebend sein wird, dass es einkommensabhängig nicht nötig ist einzubezahlen, oder ist es individuell? Oder gibt es eine Grenze ab wann es sein muss? Weil ohne das kann ich immer noch diese Entscheidung treffen, ich will oder ich will nicht. Die einen sparen und die anderen tun es nicht, es war ja bisher auch so.

**Peter Beck:** Klar, das wäre ja ein Obligatorium, das müsste gesetzlich eingeführt werden, diese Verpflichtung, dieses vererbbares Pflegekapital. Und dann muss darin festgelegt werden, wo dieser Betrag ist. Ich kann Ihnen den Betrag nicht sagen. Dafür fehlen uns a) die Zahlen, weil wir individuelle Steuerdaten haben müssten und die bekommt man relativ schwierig und b) ist es natürlich eine politische Entscheidung. Wie stark belasten wir den einzelnen Bürger und die einzelne Bürgerin. Weil es natürlich neben diesem Thema auch noch eine Menge anderer Themen, wie die Entwicklung der Gesundheitskosten etc. gibt. Aber ich denke schon, dass jeder Staat da wissen muss, wo ist eine Grenze und jeder der knapp über dieser Grenze liegt findet es nicht gut, dass die da ist. Und jeder der knapp drunter liegt findet es gut. Und ob es dann Fehlentwicklungen gibt, dass man beginnt zu steuern und zu rechnen, wo bin ich eigentlich am optimalsten, das ist auch klar. Aber wir werden nicht um eine Grenze herum kommen. Und die muss klar definiert sein, das ist nicht individuell.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Muhterem Aras (Baden-Württemberg):** Erstmals vielen Dank für Ihren Vortrag. Das ist ein Problem, das uns alle beschäftigt. Was mir gefehlt hat, ist der Einbezug der Arbeitgeber. Also bei uns ist es ja so, dass wir 2,5% des Bruttoeinkommens bezahlen, bei Kinderlosen 2,8% und zwar Arbeitnehmer und Arbeitgeber und bei Ihnen im Modell fehlt mir das. Und wenn Sie sagen, ein Aufenthalt im Pflegeheim 3 Jahre kosten CHF 400'000 und man spart CHF 100'000, das wird ja dann wieder auf die anderen umgelegt. Da würde mich interessieren, wo Sie die Arbeitgeber sehen.

**Peter Beck:** Die Arbeitgeber sehen wir nicht in dem System. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanzieren heute schon diverse Dinge, wie Familienausgleich, Krankenkassenbeiträge,

etc. bei uns in Liechtenstein. Und wir sehen hier den Arbeitgeber nicht in der Verantwortung, denn das Thema ist individuelle Alterspflege, da kann man natürlich sagen, es ist auch ein Problem des Arbeitgebers. Wir sehen das hier weniger. Und das zweite Thema ist, es ist vererbbares Pflegekapital. Also dieses Geld, wenn ich immer gesund bin, 90 Jahre alt werde und dann sterbe, glücklich beim Spaziergang, dann wird das Geld vollständig in meine Erbmasse gehen. Und da haben wir gesagt, muss es auch individuell angespart werden. Es gibt hier schlussendlich alle Varianten. Und wir möchten uns auch nicht auf eine Variante festlegen. Wir sehen hier einfach den Arbeitgeber aus verschiedenen Gründen nicht in der Verantwortung. Aber wenn das schlussendlich in einer politischen Diskussion so käme, ist es besser das so zu lösen, als gar nicht.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Emil Sänze (Baden-Württemberg):** Vielen Dank für den Vortrag, Herr Beck. Sie hatten ja vorausgeschickt, dass Sie „Think-Tank“ sind und Alternativen bieten. Jetzt ist es eine Alternative. Die ist durchaus auch nachvollziehbar, auch von meiner Seite. Aber alle Studien, die ich bis jetzt gesehen habe, bauen auf traditionellen Bildern auf. Das heisst, der Kostenträger ist die Arbeitnehmerschaft oder Faktor Arbeit, durch Menschen. Und da gibt es durchaus auch andere Modelle die sagen, die Profitabilität und die Effizienz muss besteuert werden, sprich eine Maschinensteuer. Weil wir sind uns ja einig, dass das mehr oder weniger eine gesellschaftliche Herausforderung für alle gesellschaftlichen Gruppen ist. Und wenn der Faktor Arbeit immer weniger wird aufgrund von Modernisierungen, Effizienzschöpfung, dann muss man die Lasten vielleicht anders verteilen. Das vermisse ich so ein bisschen in der Studie. Wenn ich die Voraussetzung sehe, wir denken darüber nach wie man es lösen kann. Sie sagten richtigerweise, wenn wir Pflegepersonal hierher bringen, egal in welches Land, wird es eine Verschiebung geben in den Ländern, aus denen das Pflegepersonal herkommt. Also wir lösen das Problem grundsätzlich nicht. Und deshalb stellt sich für mich die Frage, ob denn andere Alternativen in Ihrem Denkmodell eine Rolle gespielt haben oder die schon per se von vorne weg ausgeschlossen wurden.

**Peter Beck:** Wir haben andere Modelle angeschaut, wie es in anderen Staaten gemacht wird. Zum Beispiel in Deutschland oder in den skandinavischen Ländern, wo es ja sehr stark durch den Staat finanziert ist. Das sind einfach verschiedene Modelle die man annehmen kann. Wir haben das als Modell vorgeschlagen. Nochmals: wir würden damit von diesen CHF 200 Mio. vielleicht CHF 30, 35 Mio. finanzieren, die restlichen CHF 170 Mio. müssten immer noch finanziert werden. Ob das über eine Maschinensteuer geht oder über eine stärkere Besteuerung von Innovation oder was auch immer. Das ist nochmals ein anderes Thema. Das hätte aber, denke ich, auch den Umfang unserer Studie gesprengt. Weil wir realistisch sein müssen, 300 Seiten liest dann niemand mehr. Ich denke, so wird es hoffentlich noch gelesen. Deshalb haben wir es nicht ausgeklammert, sondern das ist eigentlich gar nicht im Untersuchungsbereich, wie es dann schlussendlich finanziert wird. Was wollen wir hiermit erreichen? Wir wollen hiermit eine stärkere Eigenverantwortung. Und ich denke diese Eigenverantwortung ist auch dafür wichtig, dass man sich mehr Gedanken über dieses Thema macht, auch schon als 40-Jähriger. Ich bin 41, ich mache mir jetzt noch nicht so viel Gedanken über meine Pflege. Also jetzt mache ich es definitiv. Das ist nur ein Teil des Problems. Die anderen Themen, wie finanziert sich denn der Staat, damit er das bezahlen kann, da sagen Sie richtig, da werden sehr grosse Herausforderungen auf uns alle zukommen. Wie gehen wir mit dem

ganzen Thema Digitalisierung um, Industrie 4.0, da haben wir in dieser Studie definitiv keine Antworten. Und da werden wir auch noch lange nach Antworten suchen.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Gabriele Nussbaumer (Vorarlberg):** Danke schön. Das ist ein ganz spannender Ansatz. Was mich interessieren würde, die ganz grosse Herausforderung, wahrscheinlich für alle unsere Länder, ist die stationäre Pflege. Die verschlingt ja bei uns jetzt zum Beispiel im Vorarlberg, da gibt es ja auch Untersuchungen, 90% der Kosten. Und in Wirklichkeit sind ja nur 20% in Pflegeheimen und 80% werden ambulant gepflegt. Ob man sich das nicht auch überlegt hat, dass man einen Steuerungseffekt damit hineinpackt, dass die ambulante Pflege herausgenommen wird und die stationäre Pflege über das vererbte Kapital dann abgedeckt wird.

**Peter Beck:** Also wir haben uns das angeschaut. Da gibt es Möglichkeiten, die teuerste Pflegeform ist die stationäre Pflege in einem Pflegeheim. Die teuerste mögliche Variante sind CHF 130'000. Der Betreuungsweg ist 1:1, faktisch sind das die Lohnkosten. Bei uns gibt es ja auch die 24-Stunden Heimbetreuung, das wird auch von Emigranten und Emigrantinnen gemacht, die kommen ins Land, die sind 3 Wochen hier, das sind meistens 2 Personen, die wechseln sich ab und machen eine 24-Stunden Betreuung. Das sind Kosten, die vielleicht die Hälfte ausmachen gegenüber einer 24-Stunden Betreuung in einem Heim, wo es ganz andere Voraussetzungen gibt. Ob das die Zukunft sein kann, da mache ich ein grosses Fragezeichen. Was bei uns noch speziell ist: die Pflegebedürftigkeit von Personen, die bei uns in Altersheimen sind, ist sehr hoch. Also bei uns in Liechtenstein geht man wirklich erst ins Altersheim, wenn es zuhause nicht mehr geht. Das ist nicht meine Wahrnehmung, es ist bestätigt. Wir haben die Zahlen mit der Schweiz verglichen, das sind massiv andere Zahlen. Und deshalb ist die Steuerung dann schwieriger. Es gibt ja auch alternativen Wohnformen eine Möglichkeit. Die Alterswohnungen, wo man zusammen lebt und dann das Altersheim. Man kann einzelne Dienstleistungen nutzen. Auch das wäre ja schon günstiger. Das wird zum Beispiel in Liechtenstein weniger gut funktionieren als in anderen Ländern. Deshalb haben wir das auch weniger stark untersucht. Deshalb ist diese Steuerungswirkung bei uns eingeschränkt. Wir haben eine sehr gute ambulante Versorgung bei uns in Liechtenstein. Aber auch da steigen die Kosten. Bei uns ein spezielles Problem ist, das wird wahrscheinlich zunehmen bei ihnen allen auch, dass wir wahrscheinlich eine Dame, die in der Familienpflege arbeitet und mindestens 50% im Auto sitzt und in diesem kleinen Land von Patient zu Patient fährt, das wird sicherlich nicht besser werden. Bei uns ist es wirklich so, dass die stationäre Pflege eigentlich in den meisten Fällen wirklich zum Tragen kommt.

**Cornelia Michalke (Vorarlberg):** Also für mich ist es eine sehr spannende, hoch interessante Idee, die auch einmal ein bisschen in eine andere Richtung tendiert. Und was mir sehr gut gefällt, ist, dass die Eigenverantwortung damit gestärkt wird und dass es dazu natürlich eine entsprechende Bewusstseinsbildung braucht. Und es könnte ja theoretisch schon viel früher damit beginnen. Man könnte auch mit 25 oder mit 30 Jahren schon damit beginnen und hätte dann vielleicht doch eine attraktivere Situation. Sie haben 2% Verzinsung angenommen, der Staat oder die Gemeinden oder auch die Länder geben ja auch oft so interne Darlehen an ausgelagerte eigene Firmen und haben da auch immer recht spezielle Zinssätze, die sie ansetzen. Wäre es vielleicht nicht auch eine Attraktivität, wenn man dem Einzelnen einen interessanten Zinssatz bieten würde und dieses Geld im Prinzip an den Staat zurückfliessen würde? Der Staat hätte somit die Gelder zur Verfügung. Und durch eine attraktive Verzin-

sung könnte unter Umständen sein Kapital entsprechend ansteigen. Wurde auch überlegt, ob dieses Geld nur zu verwenden ist, wenn jemand stationär in einer Pflegesituation aufgenommen wird? Oder ob das Geld nicht auch für den ambulanten Bereich hergenommen werden könnte? Kann es auch verwendet werden wenn ambulant gepflegt wird?

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Danke schön.

**Peter Beck:** Ja, dieses Geld könnte für alle Betreuungsformen verwendet werden, ambulant, stationär, 24-Stunden Betreuung, etc. Das ist uns eigentlich egal. Weil die Kosten entstehen, woher sie kommen ist dann schlussendlich das kleinere Problem. Ein attraktiver Zins, der vom Staat subventioniert wird, ist natürlich immer spannend. Das wäre halt ein direkter Staatsbeitrag. Damit haben wir gegenüber heute nichts gewonnen. Aber damit das Modell attraktiver wird und vielleicht zum freiwilligen Sparen angeregt wird, könnte es eine Möglichkeit sein.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Harald Sonderegger (Vorarlberg):** Wenn ich das vorgeschlagene Modell jetzt richtig verstanden habe: Wo läge der Unterschied zu einem Lebensversicherungsmodell, zur gesetzlichen Einführung einer Pflichtlebensversicherung? Ansonsten habe ich jetzt auf den ersten Blick keine grossen Unterschiede erkennen können.

**Peter Beck:** Der Unterschied ist, dass es keine Solidarität in diesem System gibt. In jeder Versicherung haben Sie ja eine Annahme, dass halt einer 90 wird und braucht keine Pflege, einer wird 70 und braucht 10 Jahre lang Pflege, das gleichen wir aus. Und das gibt es in unserem System nicht. Weil wir sagen, wir haben eigentlich heute schon genug Solidarität. Wir haben insbesondere in der Altersvorsorge etc. sehr hohe Solidaritäten. Und damit meine ich nicht die Solidarität zwischen reich und arm, sondern die Solidarität zwischen den Generationen und zwar zwischen der zukünftigen und der heutigen. Und die Zukünftige kann sich ja gar nicht dagegen wehren. Also das ist der Unterschied, dass es wirklich individuell ist. Es ist vererbbar, es ist mein Geld, das ich anspare. Ich mache es zwar nicht freiwillig, aber das ist ja bei der Pensionsversicherung dasselbe. Ich spare es an, weil ich muss, aber es ist mein Geld. Und der Unterschied zur Pensionsversicherung ist, dass wenn ich sterbe und es ist noch Geld da, dann bekommen es meine Erben. Bei der Pensionsversicherung, weil das ja auch ein Versicherungsmechanismus, ist es halt weg.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Der Zeitplan gebietet, dass wir langsam zum Ende kommen.

**Josef Kofler (St. Gallen):** Ja, die Frage ist zum Teil erledigt. Aber doch noch ergänzend: eigentlich ist es das Gleiche wie bei uns in der Schweiz die 3. Säule. Also wenn wir dieses Modell nehmen, dann fällt bei vielen die 3. Säule weg.

**Peter Beck:** Ja. Nur die 3. Säule ist in der Schweiz freiwillig, und das wäre nicht mehr freiwillig. Und es wäre ganz klar zweckgebunden. Also es wäre gebunden für die Finanzierung der Alterspflege und nicht für einen neuen BMW oder so. Das ist glaube ich schon auch noch wichtig. Es ist dann wirklich keine Diskussion, wofür dieses Geld verwendet wird.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, haben wir Traktandum 2 beendet. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Peter Beck für seinen Beitrag.

### **3. Genehmigung des Protokolls der 48. Sitzung vom 19. Mai 2017**

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Wir gehen weiter zu Traktandum 3: Genehmigung des Protokolls. Gibt es Wortmeldungen zum Protokoll der 48. Sitzung vom 19. Mai 2017 in Vaduz?

Das ist nicht der Fall. Somit haben wir das Protokoll genehmigt, es wird verdankt und wir haben gleichzeitig Traktandum 3 erledigt.

### **4. Bericht zur Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK)**

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Somit können wir übergehen zu Traktandum 4: Bericht zur Internationalen Bodensee-Konferenz. Ich darf den Geschäftsführer der IBK Herrn Klaus-Dieter Schnell und Frau Ruth Haefelin, Mitarbeiterin der Stabstelle Regierungssekretär, begrüßen. Für dieses Traktandum haben wir inklusive Diskussion 25 Minuten vorgesehen. Wem darf ich zuerst das Wort erteilen?

**Ruth Haefelin (Stabstelle Regierungssekretär/FL):** Danke schön. Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Delegierte, alle 10 Jahre fällt der Vorsitz auf ein Mitgliedland der IBK. 2017 liegt der Vorsitz beim Fürstentum Liechtenstein. Horst Schädler hat deshalb gerne diese Einladung an die heutige Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz angenommen. Leider ist er heute aus gesundheitlichen Gründen verhindert. Deshalb vertrete ich ihn und danke für die Einladung.

Das Leitbild der IBK datiert aus dem Jahr 2008, deshalb hat die Regierungschef-Konferenz letztes Jahr den Auftrag erteilt, das Leitbild sowie die Strategie zu überarbeiten und sie auch dieses Jahr zu verabschieden. Das ist eine grosse Herausforderung. Der Leitbildentwurf und der Entwurf der Strategie lagen im Juni dieses Jahres vor. Über die Sommermonate bis kürzlich in den Herbst lief sowohl die interne als auch die öffentliche Konsultation dieser beiden Dokumente. Nun sind wir daran, in der Konsolidierungsphase alles einzuarbeiten, was wir an Rückmeldungen erhalten haben und die Unterlagen für die nächste Sitzung des ständigen Ausschusses im November vorzubereiten. Für weitere Ausführungen gebe ich gerne das Wort an den Geschäftsführer der IBK, Klaus-Dieter Schnell, weiter.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Klaus-Dieter Schnell (Geschäftsführer IBK):** Wir kommen nachher ja noch zum Strategieprozess. Darum möchte ich gerne noch etwas berichten, was ansonsten an Themen in der Bodensee-Konferenz derzeit bearbeitet wird. Themen gibt es ja genug, die sowohl von den Regierungen als auch von Parlamentariern bearbeitet werden. Themen, die auch die

Städte und die Fachleute in der Bodenseeregion interessieren. Ein solches hatten wir ja im letzten Jahr mit dem Thema Bodenseefischerei und ökologische Situation des Bodensees. Es wurde ein Dialogforum durchgeführt unter Federführung der Internationalen Bodensee-Konferenz. Es wurde auch in der Konferenz schon darüber berichtet, dort hat gestern gerade ein Nachtreffen stattgefunden. Die Beteiligten an diesem Dialogforum vom letzten Jahr sind noch einmal zusammen gekommen. Die Forscher, die Fischer, die Umweltschützer und die Naturschützer haben sich ausgetauscht. Es sind ja grosse Forschungsprojekte ins Laufen gekommen unter dem Stichwort Resilienz, also die Widerstandsfähigkeit des Ökosystems Bodensee. Es wurde stark das Thema Aquakulturen diskutiert, vor allem mit Netzgehegen im Bodensee. Es wurde gestern auch sehr emotional angesprochen dort. Und es soll vermutlich weiter verarbeitet werden auch mit Unterstützung der IBK im Rahmen eines Kleinprojektes. Die Federführung wird die IBKF übernehmen, die international bevollmächtigte Konferenz für die Bodenseefischerei. Auch ein zweites Thema wurde hart diskutiert, nämlich die Situation mit den Kormoranen als Konkurrenz der Fischer. Aber hier ist die IBKF schon daran, die Fachleute haben Studien gemacht, stimmen die Massnahmen ab, die hier ergriffen werden sollen. Und so denke ich, bleiben wir bei diesen Thema auch im Gespräch. Das wird die einen oder anderen Parlamentarierinnen oder Parlamentarier auch sehr interessieren.

Im Thema Verkehr sind wir ja sowieso im Kontakt. Dort soll es ja auch eine Absprache geben. Wir kommen später unter Traktandum 5 noch dazu. Hier kann ich berichten, dass die Kommission Verkehr der IBK auch im Bereich der Elektromobilität eine Vorstudie lanciert hat. Was kann man hier tun, was läuft in den einzelnen Ländern schon an Strategien, an Modellversuchen und wie kann man diese im Bodenseeraum geschickt verbinden.

Dann noch ein Ausblick auf ein paar Termine. Die Kommission Kultur verleiht jährlich Kulturförderpreise in der Bodenseeregion, das ist jedes Jahr eine Preissumme für Nachwuchskünstlerinnen und -künstler in unterschiedlichen Sparten von CHF 80'000. Am 8. November im Vorfeld des Ständigen Ausschusses werden in Nendeln, hier in der Nachbarschaft, die Förderpreise zur Sparte Illustration vergeben. Wenn Sie das interessiert, Sie sind herzlich eingeladen auch für diese Verleihveranstaltung.

Kürzlich, vom 22.-24. September, die Schaffhauser wissen es vielleicht, hat an verschiedenen Stellen in der Altstadt von Schaffhausen eine Künstlerbegegnung, Jugendtheater in der Bodenseeregion, stattgefunden. Ein weiterer Preis, den die IBK verleiht, ist der Nachhaltigkeitspreis. Auch dieser wurde jetzt zum 3. Mal ausgeschrieben. Das Thema war dieses Mal „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“. Es sind von den Ländern nach einheitlichen Kriterien 15 Projekte nominiert worden. Und schon diese Nominierung zeigt, dass das Projekte sind, die auch anregen, über die Zukunft nachzudenken, etwas Konkretes zu tun, eben im Energiebereich. Und wir werden diese auch aufbereiten. Es gibt eine gedruckte Broschüre dazu, aber auch auf unserer Webseite werden Sie auf diese Projekte zugreifen können.

Mit dem Thema Pflege, das Sie ja heute angeschaut haben, befasst sich bei der Bodensee-Konferenz die Kommission Gesundheit und Soziales. Verschiedene von Ihnen waren ja auch schon dort. Dort gibt es schon seit 13 Jahren die IBK der Rettungsdienste. Das ist ein Zeichen dafür, dass diese operativ-taktische Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus nachbarschaftlich und sehr gut funktioniert. Die nächste Konferenz ist am 17. Januar

nächsten Jahres. Und sie wird sich auch dem Thema länderübergreifende Kommunikation im Funkverkehr annehmen. Das hat die Konferenz hier ja auch schon verschiedentlich beschäftigt. Also dort werden es die Praktiker auch noch einmal anschauen. Weiter liegt zum Thema grenzüberschreitender Hilfe in Katastrophenfällen ein Antrag vor, um für die Region die Zusammenarbeit auf politisch-strategischer Ebene zu vertiefen. Dort werden wir im Herbst diskutieren, ob man dazu auch eine entsprechende Projektgruppe auf Ebene der Länder und Kantone einrichtet. Und der Ausblick auf einen Termin, den Sie sich gerne merken können: am 29. Juni 2018 findet das nächste Internationale Wirtschaftskonzil statt. Es sind ja im Zusammenhang mit dem Jubiläum 600 Jahre Konstanzer Konzil auch verschiedene Veranstaltungen zum Thema Wirtschaftskonzil durchgeführt worden. Dieses Jahr in Liechtenstein, und eben nächstes Jahr findet dieser Zyklus einen Abschluss. Dort geht es um Impulse und Modelle für eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft in der Bodenseeregion. So viel zu den Aktivitäten. Wenn Sie Fragen haben, sehr gerne.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Ich bitte um Wortmeldungen, ausgenommen den Strategieprozess, das werden wir im nächsten Traktandum noch behandeln. Gibt es Wortmeldungen zu den Themen, die angesprochen wurden? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bedanke ich mich für die Ausführungen und wir haben Traktandum 4 erledigt.

## 5. Neues Leitbild und Strategie der IBK – weiteres Vorgehen der IPBK

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Wir kommen zu Traktandum 5: Neues Leitbild und Strategie der IBK – weiteres Vorgehen der IPBK. Dazu einige Ausführungen: am 21. Juli wurden alle Mitgliedsländer und -Kantone der IPBK von der IBK eingeladen, eine Stellungnahme zum neuen Leitbild und zur Strategie der IBK abzugeben.

Seitens des Steuerungsausschusses wurde zunächst in Betracht gezogen, an der heutigen Herbstkonferenz darüber zu entscheiden, ob zusätzlich eine gemeinsame Stellungnahme der IPBK abgegeben werden soll. Eine solche Gesamtstellungnahme im Nachgang der Herbstkonferenz ist aber aus zeitlichen Gründen leider nicht möglich, wie uns die IBK mitgeteilt hat. Es wurde aber eine Fristverlängerung für Stellungnahmen unserer Mitglieder bis 6. Oktober gewährt und fristgerecht wurde eine Stellungnahme des Kantonsrates Zürich eingereicht. Ein bisschen später ist bei uns noch eine weitere Stellungnahme von Mitgliedern der Grünen Partei von Baden-Württemberg eingegangen, genau genommen am 12. Oktober. Beide Stellungnahmen wurden Ihnen auch zur Kenntnis gebracht. Die IBK ist, wie wir schon gehört haben, im Begriff, die Stellungnahmen zu verarbeiten und wir werden die Endfassung zu gegebener Zeit zur Verfügung gestellt bekommen. Meines Erachtens erübrigt sich somit die Beratung über das weitere Vorgehen unserer Konferenz in dieser Angelegenheit. Wird das Wort hierzu gewünscht?

**Esther Guyer (Zürich):** Ja, Herr Präsident, meine Damen und Herren. Sie haben es gehört, Zürich hat seine Stellungnahme pünktlich verabschiedet und eingereicht. Andere haben auch Stellung genommen. Ich weiss jetzt nicht, ob weitere aus Ihrem Kreis es auch getan haben. Aber auf jeden Fall fände ich es äusserst sinnvoll, termingerecht oder nicht, das ist doch jetzt ziemlich egal, wenn die Konferenz beschliessen würde, dass wir gemeinsam

hinter diesen Stellungnahmen stehen würden. Wir können das ja noch diskutieren, aber ich denke, ein bisschen mehr Druck kann man schon aufsetzen. Denn es gibt schon Mängel im ganzen Konzept der IBK. Und der grösste ist, glaube ich, dass sie uns überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat. Also ich meine, wir müssten ein wenig Druck aufsetzen und gemeinsam einfordern, dass da Änderungen vorgenommen werden. Danke.

**Markus Müller (Schaffhausen):** Also ich möchte da nachdoppeln. Du hast mir aus dem Herz gesprochen, liebe Esther. Ich bin im Steueraussschuss dabei und wir haben richtigerweise diskutiert, dass wir das hier vorbringen und gesamthaft abgeben. Ich war einigermassen enttäuscht, dass es von der IBK abgelehnt wurde. Wir von Schaffhausen haben daraufhin, da entschuldige ich mich dafür, eine Stellungnahme zum Verkehr, von einem Mitglied von unserer grenzüberschreitenden Kommission dann direkt einem Regierungsrat zur Weiterleitung übergeben. Aber ich empfehle ebenso dringend die angeregte Unterstützung der Vorschläge vom Kanton Zürich. In dieser Strategie spricht man von Zivilgesellschaft einbeziehen und von solchen Dingen. Das tönt wahnsinnig schön, aber es bringt uns nicht weiter. Ich habe jetzt relativ viele Erfahrungen in Parlamenten gesammelt, über 20 Jahre, und das sind sehr schöne Worte, aber die Zivilgesellschaft, die kann man in einer solchen Konferenz, wie es die Regierungskonferenz darstellt, kaum einbinden. Aber dass man die Parlamentarier-Konferenz nicht einbezieht, ist natürlich sträflich. Das ist fast fahrlässig. Und darum unterstütze ich dringend, was der Kanton Zürich gemacht hat. Da empfehle ich den Vertretern sehr eindringlich, das aufzunehmen. Das würde uns ja auch hier stärken, die Zusammenarbeit, die muss gestärkt werden, sonst bringt es eigentlich wenig. Ich spreche jetzt im Namen des Kantons Schaffhausen, wir schauen das sehr kritisch an, es gibt bei uns immer eine Strömung. Wir fragen uns, weshalb wir bei solchen Organisationen mitmachen. Wenn wir von der Regierungsorganisation im Parlament nichts hören, dann wird sich irgendwann ein Kanton, ein Bundesland vielleicht auch, abhängen. Also da wäre ich froh, wenn man die Stellungnahme des Kantons Zürich stützen könnte.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Also meines Erachtens ist das nicht wirklich ein Problem. Ich glaube, die Stellungnahmen die vorliegen, werden schon eingearbeitet. Oder bin ich hier der falschen Meinung, Klaus-Dieter Schnell?

**Klaus-Dieter Schnell (IBK Geschäftsführer):** Nein, selbstverständlich werden die Stellungnahmen die vorliegen, eingearbeitet. Und ich meine, unsere Antwort zielte auf die Anfrage, ob man heute noch, sozusagen offiziell, nachdem alle anderen Stellungnahmen eingearbeitet sind, noch Stellung nehmen könnte. Das haben wir so beantwortet, dass wir eigentlich mit der Auswertung schon begonnen haben. Wir haben sicherlich nicht abgelehnt, dass die Konferenz hier Stellung nimmt. Es ist nur einfach so, dass wir einen Zeitablauf haben, den wir eben in der Auswertung auch einhalten müssen, dass wir bis zur Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. November und dann bis zur Regierungschef-Konferenz auch die Ergebnisse konsolidiert vorliegen haben müssen. Wenn Sie aber heute etwas verabschieden, dann werden wir selbstverständlich das auch entgegennehmen können.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.



**Klaus-Dieter Schnell (IBK Geschäftsführer):** Ich kann anbieten, dass ich ein paar Worte sage, wie diese Konsultation bisher aussieht, damit Sie ein Gespür bekommen, in welche Richtung es geht, wenn Sie möchten.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Ja, bitte, ich glaube das wäre hilfreich.

**Klaus-Dieter Schnell (IBK Geschäftsführer):** Also wir haben in dieser Konsultation so knappe 80 Rückmeldungen bekommen, davon sind 15-16 international tätige Gremien dabei. Da sind aus allen Mitgliedsländern Rückmeldungen dabei. Und wir haben an und für sich zu den Zielen im Leitbild und zu den strategischen Schwerpunkten auch von den regionalen Akteuren einen grossen Rückhalt erfahren. Selbstverständlich wurden auch Präzisierungen und Ergänzungen gewünscht, ganz klar. Und viele dieser Ergänzungs- und Präzisierungswünsche werden wir auch aufnehmen können. Das ist alles schon im Verfahren angelegt. Beispielsweise haben wir auch ganz klare Hinweise, die Ziele in den Bereichen Kultur, Kulturlandschaft und Umwelt noch zu präzisieren. Das war nämlich in einem Leitsatz verpackt. Da haben sich verschiedene nicht so leicht wiederfinden können.

Wir haben einen ganz wichtigen Punkt, die Verkehrsanbindung, geschärft, beziehungsweise wir schlagen eben diese Änderung vor. Das ist zum Beispiel auch dem Kantonsrat Zürich aber auch der Zürcher Regierung sehr wichtig. Auch andere haben sich zu diesem Thema geäussert. Dann haben wir im Bereich Landwirtschaft Anregungen bekommen, wie man das anders oder besser aufnehmen kann. Und im Bereich Gesundheit/Soziales wurden auch noch Präzisierungen formuliert. Viele dieser Ergänzungen werden wir jedenfalls den Gremien zur Änderung vorschlagen, auch das Stichwort Einbindung oder Anbindung/Zusammenarbeit mit anderen Institutionen.

Die Bodensee-Konferenz hat ja nicht nur die längerfristigen Ziele und die Strategien angeschaut, sondern auch die Organisation. Wie man sich als IBK aufstellt, wie man sich als Bodenseeregion aufstellt. Und auch hier ist ganz klar der Wunsch da, dass man die Zusammenarbeit verbessert, die Kooperation mit den Parlamentariern. Die Konferenz der Parlamentarierinnen und Parlamentarier selbst hat ja schon Vorschläge dazu gemacht, etwa das Statut zu ändern. Es gibt bei der IBK die ganz klare Richtung, dass man diese zukünftige Zusammenarbeit auch verbindlicher regelt. Ob man es dann mit einer Statutenänderung verbindet oder ob man das auf eine andere, aber sicher irgendwie formell gearbete Form bringt, in einer Vereinbarung oder wie auch immer, das müssen die Gremien in diesem Herbst noch entscheiden. Aber auch beispielsweise die Zusammenarbeit mit dem Städtebund oder mit anderen politischen Gremien soll auf solche formellere Art geregelt werden.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Josef Büchelmeier (Städtebund Bodensee):** Ja, ich kann natürlich anbieten, sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Damen und Herren, als Vertreter des Städtebundes, der gerade erwähnt wurde, einen ganz kurzen Beitrag zur IBK-Strategie zu machen. Wir haben Ende September ein Papier abgegeben mit einigen ganz konkreten Vorschlägen. Und wie Herr Schnell soeben auch erwähnt hat, unserer erstes Ziel ist sicherlich, dass wir in der Zukunft verbindlicher und vielleicht auf irgendwie vertraglich geregelter Basis mit der IBK zusammenarbeiten an einzelnen Themen. Wir haben erklärt, dass wir die grundsätzliche

Strategie der IBK für gut befinden und in einzelnen Fällen uns dann bereit erklärt, dort mitzumachen. Zum Beispiel beim Gesamtverkehrskonzept, das entwickelt werden soll, das natürlich die Städte und Gemeinden direkt betrifft. Aber auch beim Thema Kulturpass, das erwähnt wurde, wo unsere Städte sagen, das wäre eine gute Sache in der Region, einen Kulturpass zu versuchen. Und natürlich haben wir auch bemängelt, dass in dem ganzen Papier sehr wenig die Kultur selber und das zivilgesellschaftliche Leben vorkommt. Dass ein gewisser wirtschaftlicher Überhang der Themen da war und die Städte und die Gemeinden natürlich sehen, dass das Leben bei ihnen spielt und nicht nur in den Gremien der IBK oder der Regierungen. Und deswegen werden wir uns sicherlich im nächsten Jahr einen Workshop genehmigen, um unsere Zusammenarbeit mit der IBK dort noch einmal zu präzisieren. Und um unser eigenes Selbstbild noch einmal neu aufzustellen. Wir sind da auch inspiriert von der Leitbildstrategie der IBK. Und natürlich um dann herauszufinden, auf welche Weise wir konkret mit der IBK an einzelnen Projekten zusammenarbeiten können. Angefangen natürlich von unserem Lieblingsthema, der Maut, die wir hoffentlich irgendwie in dem Gesamtkonzept wiederfinden, bis hin zu Kulturthemen und dem ganzen, was der Kollege aus Schaffhausen gerade erwähnt hat, was so schwammig klingt, zivilgesellschaftlich, demographisch usw. Das sind natürlich Themen, die genau in den Städten vor Ort schon seit vielen Jahren bearbeitet werden und wo wir hoffen, dass die IBK nicht über die Köpfe der Kommunen und der Betroffenen hinweg irgendwelche Dinge macht. Und deswegen sind wir da sehr interessiert, diese Zusammenarbeit zu machen. Persönlich eine Anmerkung von mir: ich habe mit Walter Freund vor wenigen Tagen gesprochen und ihm das erzählt und er fand das, was hier erwähnt wurde, da waren wir uns einig, dass eigentlich die Parlamentarier-Konferenz hier viel stärker eingebunden gehört mit der IBK auf ihrer Ebene. Das ist eigentlich aus meiner Sicht ein gewisses Manko. Ich sehe das einfach so, dass hier in der Region verschiedene Ebenen, Regierungen, Parlamente, Kommunen, ich will auch nicht den Bodenseerat aussen vorlassen, auf ihre Art zu der Entwicklung dieser Region beitragen. Und das sollte man auch entsprechend berücksichtigen und dann vielleicht kanalisieren in verbindlichen Strukturen. Das ist meine persönliche Anmerkung. Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Esther Guyer (Zürich):** Ich möchte beliebt machen oder einen Antrag stellen, dass wir als Gremium noch einen Brief dazusetzen, in dem wir schreiben, dass wir die Anträge als Gremium unterstützen. Man kann da die vorliegenden Anträge von uns unterstützen und von den Grünen aus Baden-Württemberg, also alles was vorliegt. Oder wir können etwas Neues formulieren, das ist mir eigentlich egal. Die IBK tritt als Gremium auf, das müssen wir auch tun. Das müssen wir noch unterstreichen und das können wir heute tun.

**Muhterem Aras (Baden-Württemberg):** Vielen Dank, ich unterstütze das sehr stark. Und zwar finden wir auch die Grundsätze der IBK grundsätzlich richtig und gut. Aber wenn die IBK sagt, mehr Beteiligung der Bürger und Begegnungen, das sind alles schöne Worte. Ich finde schon auch, dass wir als Parlamentarier stärker eingebunden werden sollten. Und wir sollten ein klares Signal von diesem Gremium aussenden. Irgendwie würde ich mir schon auch sehr wünschen, dass mehr verbindliche Kooperation stattfindet. Und dass es klar ist, dass die IBK unsere Konferenz, die Konferenz der Parlamentarier, stärker einbezieht in ihre Arbeit. Dieses Signal sollten wir ganz klar senden.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Markus Müller (Schaffhausen):** Das ist ja eigentlich der Punkt und ich bin sehr froh, dass Herr Schnell sich bereit erklärt hat, das zu übernehmen. Weil man muss ja sehen: das IBK-Gremium hat ohne uns praktisch keine Kompetenz. Zum Schluss geht es darum: die Knochenarbeit wird in den Parlamenten gemacht. Das geht runter in die Kantone, in die Länder, und Beschlüsse werden dort gefasst. Und wenn natürlich da der Faden zwischen IBK und den Parlamenten nicht spielt, dann scheidet es dort und wird nicht zum Erfolg. Das ist schon wichtig. Das zweite, und Papier ist geduldig, man kann hochstehende Strategien schreiben, die machen sich gut, Herr Schnell hat auch gesagt, man will die Zusammenarbeit verstärken usw. Man muss vielleicht auch hier und da die bestehenden Reglemente leben. Also im bestehenden Statut steht meines Wissens drin, dass man zum Beispiel Protokolle austauscht. Ich bin jetzt 5 Jahre in diesem Gremium, ich habe noch nie ein Protokoll der IBK gesehen.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Muhterem Aras (Baden-Württemberg):** Also meines Wissens ist nicht einmal eine Antwort auf unser Schreiben gekommen. Das würde mich schon auch noch interessieren und das zeigt auch, ich sage es jetzt so direkt, welche Wertschätzung haben die Parlamentarier bei den Regierungen. Und von dem her finde ich können wir durchaus ein bisschen selbstbewusster auftreten. Und man kann schon erwarten, dass man ein Schreiben nach einem Jahr beantwortet.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Walter Freund (St. Gallen):** Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Ich meine es sei richtig, was der Kanton Zürich gemacht hat, ich habe es gelesen. Es hat genau das, was auch wir im Kanton St. Gallen fordern oder was auch die Idee ist, dass man das als Gesamtgremium von heute machen soll. Darum bitte ich eigentlich den Kanton Zürich, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Dann können wir abstimmen.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. So wie ich es verstanden habe, liegt bereits ein konkreter Antrag vor, Esther Guyer, und ich kann mir das auch sehr gut vorstellen. Was nicht sehr gut möglich sein wird, ist die Stellungnahme der Grünen Partei von Baden-Württemberg hier einzubauen, weil die Grüne Partei nicht wirklich ein Mitglied unseres Gremiums ist. Und da haben ja auch Personen unterzeichnet, die beispielsweise der Regierung angehören.

**Muhterem Aras (Baden-Württemberg):** Es ist nicht die Stellungnahme der Grünen Partei, sondern es ist die Stellungnahme von Martin Hahn, der grüner Landtagsabgeordneter ist. Es ist nicht die Stellungnahme der Partei, sondern von ihm als Mitglied dieses Gremiums.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Von den Unterzeichnenden der Stellungnahme ist nur Martin Hahn Mitglied dieses Gremiums.

**Karin Egli-Zimmerman (Zürich):** Herr Vorsitzender, wertere Anwesende. Ich möchte noch ergänzen, was Esther schon ausgeführt hat: wir haben ja diese Stellungnahme nicht bei uns im Kantonsrat besprochen, sondern zusammen mit der Regierung angefertigt. Also

die haben auch eine Stellungnahme abgegeben, das ist bei uns im Kanton Zürich so. Wir haben ein Gesetzesverfahren, damit es eingebunden wird, wenn wir mit der Aussenpolitik im Zusammenhang stehen.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Ja, es liegt ein konkreter Antrag vor. Die Stellungnahme des Kantons Zürich, und wenn keine Einwände bestehen, auch diejenige aus Baden-Württemberg, wenn die Stellungnahme als diejenige von Martin Hahn betrachtet wird, sollen von der IBK berücksichtigt werden. Dass wir also in einem Schreiben bekräftigen, dass das gesamte Gremium diese Stellungnahmen berücksichtigt haben möchte. Entspricht das Deinem Antrag Esther Guyer?

**Esther Guyer (Zürich):** Ja.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Damit lasse ich abstimmen, ich bitte Sie, die Hand zu heben. Wer mit dem Antrag von Esther Guyer einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Einhellige Zustimmung der anwesenden Mitglieder.

**Ruth Haefelin (Stabstelle Regierungssekretär/FL):** Ich würde gerne zu zwei Votanten noch eine Antwort geben. Einerseits, dass die IBK nicht auf das Schreiben der IPBK geantwortet hat, das ist nicht ganz korrekt. Wir haben geantwortet, aber wir haben gesagt, dass wir die definitive Antwort im Strategieprozess abhandeln möchten. Das heisst, die definitive Antwort ist schon noch ausstehend, aber eine Antwort haben wir gegeben. Und das zweite wegen der Protokolle, das wird uneinheitlich gehandhabt. Es wurde im Ständigen Ausschuss auch schon diskutiert, aufgrund der gesetzlichen Lage jedes Kantons respektive Mitgliedlandes, wurde es bis anhin so gemacht, dass das entsprechende Mitglied die Protokolle weitergegeben hat oder auch nicht. Wir haben es auch neuerdings diskutiert und haben jetzt einen Entscheid, den wir vorlegen möchten, dass die Protokollbeschlüsse öffentlich gemacht werden, so dass diese allen zugänglich sind.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Ich glaube das wäre auch sehr wichtig.

**Moritz Von Wyss (Zürich):** Ich habe das Gefühl, der Brief der IBK ist eingegangen, es war ein Brief, der zur Kenntnis genommen hat, dass wir die Statuten geändert haben. Eine konkrete inhaltliche Antwort haben wir dazu aber nicht wirklich bekommen. Man muss es ja so sagen, kommuniziert wurde, aber gesagt wurde nichts.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank für diese Klarstellung.

**Muhterem Aras (Baden-Württemberg):** Das wäre auch meine Antwort gewesen, von dem her können Sie ja vielleicht jetzt sagen, oder ist es genau so, wie der Kollege gesagt hat. Was ist jetzt die definitive Antwort, die ist ja noch nicht da.

**Ruth Haefelin (Stabstelle Regierungssekretär/FL):** Ich möchte einfach auf die Ausführung von Klaus-Dieter Schnell verweisen. Er hat gesagt, wir sind immer noch im Strategieprozess und er hat gesagt, dass wir eine vertiefte Zusammenarbeit wünschen, jetzt aber noch nicht sagen können, weil die Sitzung noch nicht stattgefunden hat, ob das eine Statuten-

änderung sein wird oder eine andere formelle Art, wie ein Vertrag. Also das Bekenntnis ist da, dass wir das auch möchten.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Diese Botschaft hören wir sehr gerne und ich würde vorschlagen, dass wir im Steuerungsausschuss die Thematik intensiv weiterverfolgen und dem soeben formulierten Antrag dann auch wirklich mit Nachdruck nachgehen werden. Damit gehe ich davon aus, dass wir Traktandum 5 erledigt haben.

## 6. Bericht aus der Arbeitsgruppe Verkehr

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Wir gehen über zu Traktandum 6: Bericht der Arbeitsgruppe Verkehr, und ich bitte den Vorsitzenden, Walter Freund, Kantonsrat St. Gallen, um die Berichterstattung.

**Walter Freund (St. Gallen):** Geschätzter Herr Präsident, werte Damen und Herren. Ich möchte Sie gerne informieren was seit der letzten Konferenz geschehen oder nicht geschehen ist. Einzelne Mitglieder warten schon, dass wir in die Hosen steigen und alles machen, was zur Verfügung steht. Aber das konnten wir nicht. Wir wollten es gemächlich angehen. Wenn ich wir sage, dann ist es unser Geschäftsführer Herr Renn und ich. Wir mussten zuerst überlegen, wie wir die erste Sitzung gestalten wollen, sie ist jetzt traktandiert, die Mitglieder wissen es schon längst durch eine Doodle Umfrage, am 22. November dieses Jahres.

Wir haben uns mit Sara Hauser unterhalten, sie ist die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen im Kanton St. Gallen. Welchen Einfluss hat die Parlamentarische Konferenz bei der IBK, wir diskutieren das schon, und die letzte Diskussion unter dem letzten Traktandum ist ja jetzt schon weiter. Aber da haben wir in den Gesprächen festgestellt, dass wir eigentlich keine Legitimation haben, Vorstösse bei der IBK einzureichen. Wie wir das im Kanton St. Gallen kennen, können wir an die Regierung einfache Anfragen, Interpellationen, Motionen usw. einreichen, dann bekommen wir eine Antwort von der Regierung und können je nach dem entscheiden, wie wir weiterfahren sollen. Das ist hier nicht vorgesehen. Und wenn dann die letzte Diskussion stattgefunden hat, dass man das dann vorsieht, ist es natürlich für uns als Parlamentarier sehr vorteilhaft.

Die zweite Besprechung hatten wir dann mit Joel Keller, er ist Verantwortlicher der Interregionalen Netzwerkstelle Ostschweiz. Wir haben uns unterhalten, wie wir die Mautfrage, also die mautfreie Zone im Bodenseeraum, umsetzen können. Die IPBK, also die Parlamentarische Konferenz, kann natürlich einfache Vernehmlassungen oder Inputs in der Region machen, also sich politisch in diese Planungsgruppen einbringen. Sie kann auch Resolutionen verabschieden an die Regierungen usw. Aber das haben wir mehr oder weniger ja schon gemacht und man sieht ja, es bewegt sich etwas. Aber nicht in die Richtung, die wir uns eigentlich vorstellen.

Ein weiterer Punkt wäre natürlich, wenn wir für die mautfreie Zone ein interregionales Projekt starten könnten. Und da sind wir jetzt in der Abklärung, wie wir das machen könnten. Was bedeutet das für die jeweiligen Länder oder Kantone. Welche Zone scheiden wir

aus, wo fängt es an, wo hört es auf. Dann natürlich auch die finanziellen Abgeltungen der einzelnen Länder und eben die mögliche Umsetzung, wie wir das machen sollten. Das ist das Gespräch mit Joel Keller, wie wir das machen sollen.

Dann ist ja die Sitzung am 22. November, und da will ich Ihnen gerne die Traktandenliste vorlesen, die wir gemacht haben. Das sind zuerst einmal die Informationen, wo wir stehen, also die Entstehung und die Ziele der Arbeitsgruppe. Dann wird uns Herr Klaus-Dieter Schnell die IBK noch einmal vorstellen, dann die mögliche Zusammenarbeit mit unserer Gruppe. Dann konkrete Anliegen, wie mit dem Verkehr geplant werden soll. Zweiter Referent ist Patrick Ruggli, er ist Leiter im Amt für Öffentlichen Verkehr im Kanton St. Gallen, und er ist Mitglied in der Kommission für Verkehr der IBK. Er will uns dann Aufgaben, Ziele und Massnahmen des Verkehrs näher bringen. Und als Drittes ist das interregionale Projekt, wie funktionieren Kleinprojekte, kann für die Mautthematik ein Pilotprojekt finanziert werden usw. Das wäre dann mit Joel Keller, wie wir da weitergehen können.

Dann als vierten Punkt, Vorstellung der Verkehrskonzepte der jeweiligen Regionen durch die Delegierten. Also die Delegierten dieser Arbeitsgruppe sind angehalten, ihre Sicht, oder was bis jetzt schon geplant ist in diesen Regionen, Ländern und Kantonen, darzulegen. Der fünfte Punkt handelt über den Auftrag der Arbeitsgruppe und dann weiteres Vorgehen.

Das ist die erste Sitzung, in der wir eigentlich eine Auslegeordnung machen sollen, damit wir dann auch weitergehen können. Dann ist ja bekannt, dass die IBK ein Gesamtverkehrskonzept erstellen will. Für das hat sie eine Strategie in Bearbeitung, das glaube ich, bis Ende Jahr stehen und dann das Konzept erarbeiten soll. Es ist nicht vorgesehen, dass die Arbeitsgruppe selbst ein Gesamtverkehrskonzept erstellt, sondern dass die IBK das ausarbeitet. Und dann eben diese Mechanismen, die wir jetzt diskutiert haben, dass wir an Vernehmlassungen teilnehmen können. Wir können vielleicht auch in Workshops teilnehmen und eigene Ideen einbringen. Das ist dann die Idee der Arbeitsgruppe, wie wir mit dem Gesamtverkehrskonzept umgehen sollen. Das ist so in Kürze, was wir jetzt gemacht haben und was noch aussteht. Ich danke vielmals.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank, Walter, für diesen Zwischenbericht. Gibt es hierzu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich nochmals und wir haben Traktandum 6 erledigt.

## **7. Bericht aus der Arbeitsgruppe Fluglärm**

### **a) Berichterstattung**

### **b) Antrag**

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Wir gehen über zu Traktandum 7: Bericht der Arbeitsgruppe Fluglärm. Ich bitte den Vorsitzenden Markus Müller, Kantonsrat Schaffhausen, um Berichterstattung und auch um Vorstellung des Antrages der Arbeitsgruppe.

**Markus Müller (Schaffhausen):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gerne mache ich Ihnen eine kurze Zusammenfassung, was bisher geschehen ist. Ich habe ja gewusst als wir dieses Thema aufnahmen, dass es quasi die Quadratur des Kreises bedeutet. Mittlerweile bin ich der Meinung, es ist die Erstellung aus diesem Kreis von zwei parallelen Geraden und wie ich in meinem gymnasialen Erinnerungsvermögen habe, kreuzen sich die irgendwo im Unendlichen. Und diesen unendlichen Punkt zu finden wird sehr schwierig sein, auch für diese Kommission und für alle Player, die sich bisher mit dieser Materie befasst haben.

Wir haben eine erste Sitzung am 22. August gehabt, die war nach meinen Erfahrungen sehr gut und erfolgreich. Ich habe - und jetzt muss ich aufpassen - als ich im Vorfeld der letzten Sitzung in Vaduz es vorgestellt habe, das Wort „Auslegeordnung“ gebraucht, und der Kollege Harald hat gefragt, das ist im Protokoll dort nachzulesen, was das sei. Da habe ich realisiert, dass es offenbar nur im Schweizer Sprachgebrauch ist. Da musste ich dafür dann schwer büßen. Die Unterlagen, und das erstaunt mich heute noch etwas, sämtliche Unterlagen die wir in der Kommission verteilt haben, sind irgendwo nach aussen gedrungen. Eine Privatperson hat uns dann eine 53-seitige Abhandlung geschrieben. Was wir falsch machen und was wir nicht machen sollten und überhaupt, dass wir gar nichts zu machen hätten und hat eine ganze Seite dem Ausdruck „Auslegeordnung“ gewidmet. Das sei ein Ausdruck, der dem schweizerischen Armeeverständnis entliehen worden sei und den kenne man nicht und er verstosse gegen Völkerrecht und alles. Und wir würden da quasi Deutschland, Baden-Württemberg und Vorarlberg unser Recht aufdrängen wollen. Das Fazit war dann, dieser Brief hat mir vorgeworfen oder nein er hat mir zugestanden, ich hätte fahrlässig aber nicht vorsätzlich mit diesem Ausdruck gehandelt. Also da bin ich doch einigermaßen froh darüber. Aber nichtsdestotrotz, ich mache mir keine Illusionen, also es wird auch irgendwie weiterhin alles nach aussen dringen. Das ist auch gut, wir sind hier ein öffentlicher Verein und Gremium.

Aber wir hatten wie gesagt eine gute Sitzung. Wir haben uns dieses Bild vom Ist-Zustand gemacht, wir hatten viele Informationen. Und natürlich haben wir Informationen vom Flugplatz Kloten geholt, die haben die Zahlen. Und wir haben das so deklariert, dass diese keine Partei sind, sie wollen nicht beeinflussen, es sind einfach Fakten und Zahlen und ich glaube, irgendwoher braucht man diese.

Aber wir haben schon gesehen, dass es ein schwieriges Unterfangen ist. Auch die Legitimation, die wir der Regierung gegenüber haben. Denn am Schluss ist es ja ein Problem, das in Berlin gelöst werden muss. Und wie wir bereits gesagt haben, wir können keine Lösungen vorbringen, sondern nur anregen, dass die Diskussion wieder aufgenommen wird und vielleicht in eine andere Richtung läuft. Und wir von den Teilnehmenden in der Kommission sind einhellig der Meinung, dass wir weitermachen, dass wir zuversichtlich sind, dass man allenfalls doch etwas erreichen kann.

Aber man muss sehr vorsichtig sein, man darf niemanden vergessen. Und wir haben deshalb beschlossen, dass wir an der nächsten Sitzung, wir haben einen provisorischen Termin für den 1. Dezember, es kommt aber darauf an, ob die Leute, die wir gerne dabei hätten, ob sie auch kommen können, sonst müssen wir ihn verschieben, der nächste Schritt wird sein, dass wir die Landräte einladen und anhören. Also die Landräte aus den Kreisen Waldshut, Konstanz und Schwarzwald-Baar. Weil das sind natürlich jene, die näher dran

sind, noch näher als die Abgeordneten in Stuttgart und sicherlich die in Berlin. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, und ich habe die Diskussion mit diesen Herren aufgenommen. Man merkt auch, sie wollen mitreden, das ist legitim und von dem versprechen wir uns schon noch etwas. Man muss klar sehen, das Problem Flugplatz kann man nur versuchen zu lösen, wenn wirklich alle berücksichtigt sind, die etwas zu sagen haben. Und da schliesse ich ausdrücklich gewisse Einzelspieler, die sich vordrängen, aus. Das geht in diesem demokratischen Prozess auf dieser Stufe nicht.

Also aus dieser Hinsicht finde ich, haben wir einen guten Ansatz gefunden. Es geht langsam. Also Sie können keine Resultate im nächsten Jahr erwarten. Das höchste der Gefühle ist es, das wissen wir am Schluss eine Resolution machen können. Diese muss schlussendlich sogar nach Bern und Berlin gehen in irgendwelcher Weise. Und das zeigt wieder, wie wichtig natürlich auch die Zusammenarbeit mit der IBK ist. Also wir müssen ja an diese IBK irgendwie gelangen können, sonst macht das Ganze keinen Sinn. Das ist im Moment einmal der Zustand dieser Arbeitsgruppe und was wir in meinen Augen erreicht haben. Und ich bin froh, wenn die Kolleginnen und Kollegen, die dabei sind, allenfalls noch etwas ergänzen.

Sie sehen, es tönt schon etwas speziell, wir haben a) Berichterstattung, b) Antrag. Zum Antrag komme ich nun gleich, wenn ich darf, lieber Albert. Das ist eher eine Bitte: wir haben lange diskutiert, wir hatten eine Abwesenheit. Also beim letzten Mal haben sich die Teilnehmer gemeldet, die mitmachen würden. Und einige haben gesagt, das ist uns zu weit weg, also nicht distanzmässig, sondern einfach vom Thema her. Wir sind nicht beteiligt, wir möchten nicht unbedingt mitmachen. Wir haben jetzt aber in der Arbeitsgruppe gesehen, es ist wichtig, auch von der Legitimation her, das hat bereits vorher Walter Freund gesagt. Es ist von der Legitimation und vom Gewicht her sehr wichtig, dass möglichst viele aus dieser Parlamentarier-Konferenz mitmachen, der Idealfall wäre natürlich alle.

Das Problem Flughafen Zürich, das geht auch weiter. Ich bin sehr daran interessiert, dass Bayern auch dabei sein würde. Weil sie haben auch Probleme in München, sie könnten das einbringen, man könnte Beispiele bringen, man könnte andere Fälle diskutieren. Vielleicht dann auch ein bisschen die Brisanz aus dem Fall Zürich herausnehmen. Ich wäre auch sehr froh, wenn Vorarlberg irgendwann dann doch noch mitmachen würde. Es wäre sehr nützlich. Wir haben den Horizont auch etwas weiter gesteckt, Altenrhein ist ja auch ein Diskussionspunkt. Es ist ähnlich, einfach auf viel kleinerer Basis als Zürich, auch von den Flugbewegungen her. Und darum ist eigentlich unser Antrag beziehungsweise unsere Bitte, dass möglichst alle noch einmal schauen, ob sie nicht doch einen Delegierten oder jemanden schicken, der in unserer Arbeitsgruppe mitmacht. Das wäre sehr hilfreich, eben wegen der Legitimation. Es geht da konkret um Vorarlberg, Bayern, Appenzell Inner- und Ausserrhoden. Die sind im Moment nicht dabei. Appenzell glaube ich mittlerweile, die kommen dazu. Also da wäre ich sehr froh, wenn ihr das in euren Gremien noch einmal anschaut. Und natürlich Bayern, die sind noch weiter weg, die sind jetzt nicht da, mit denen sprechen wir noch. Aber es wäre in unserem Sinne, dass wir in diesem Gremium einheitlich auftreten. Und eine Horizonterweiterung auch für unsere Arbeitsgruppe. Das sind soweit meine Ausführungen, wenn es Fragen gibt, sind wir natürlich sehr gerne bereit, diese zu beantworten.



**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank, lieber Markus. Ich glaube es wäre jetzt vielleicht wichtig, dass sich der Kanton Appenzell-Innerrhoden und das Bundesland Vorarlberg äussern, ob sie allenfalls willens sind, ein Mitglied zu stellen. Und ob sie auch allenfalls in der Lage wären, schon heute ein Mitglied zu benennen. Vorab gibt es aber noch eine Wortmeldung.

**Esther Guyer (Zürich):** Ich möchte noch etwas ergänzen, eine ganz kleine Ergänzung machen. Es ist schon wichtig, erstens sind die Gründe natürlich auch, man braucht viele Informationen. Es macht schon Sinn, wenn alle Kantone und Länder da sind. Es geht auch im weitesten Sinne oder nicht nur im weitesten Sinne, um den Flughafen Altenrhein. Es geht auch um Friedrichshafen. Wir haben schon in der ersten Informationsrunde gemerkt, dass es sich da um ein Ganzes handelt und nicht nur um Teilaspekte in der ganzen Lärmfrage und natürlich auch in der Anflug- und Abflugfrage. Also es würde sehr viel Sinn machen. Dann eine Ergänzung, die ich noch machen muss: wir haben von Baden-Württemberg Emil Sänze dabei. Er hat natürlich gute Mitarbeit geleistet, aber wir würden schon gerne jemanden aus der Koalition haben. Also es braucht Grüne oder CDU in dieser Arbeitsgruppe. Und wir wären schon froh, wenn wir da jemanden nominieren könnten, und zwar ziemlich schnell. Ganz bestimmt an der nächsten Sitzung müssten wir entscheidende Mitglieder von Baden-Württemberg haben. Das wäre sehr gut.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Markus Müller (Schaffhausen):** Vielen Dank, Esther, ich habe etwas vergessen, ich wollte Baden-Württemberg noch ansprechen. Wir hatten ja Felix Schreiner in der Gruppe, das war sicher gut, aber Felix ist jetzt in den Bundestag gewählt worden und scheidet deshalb aus. Ich wäre froh, wenn man da möglichst schnell eine Person benennen könnte. Wir haben ja letztes Mal auf Anfrage von Wilfried Klenk und Karin Egli-Zimmermann, den Standort der direkt- oder meistbetroffenen, Zürich und Baden-Württemberg, zugestanden, dass sie zwei Mitglieder stellen können. Und es ist natürlich wichtig, dass sie diese schlussendlich auch stellen, sonst nützt das eigentlich nichts. Und deshalb wären wir dann um eine schnelle Nennung froh.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Wir gehen jetzt der Reihe nach. Also Bayern kann wegen Abwesenheit nicht befragt werden. So bitte ich Herrn Jakob Signer, Appenzell-Innerrhoden, um eine Stellungnahme.

**Jakob Signer (Appenzell Innerrhoden):** Herr Vorsitzender, geschätzte Damen und Herren. Also für den Kanton Appenzell-Innerrhoden weise ich darauf hin, dass Franz Fässler bereits als Mitglied aus unserem Kanton benannt und auch als solcher erfasst ist. Ich gehe davon aus, die Thematik der Vakanz bezieht sich auf den Kanton Appenzell-Ausserrhoden. Was ich natürlich in Ergänzung der Kollegen aus dem Kanton Zürich erwähnen muss, ist die fachliche Mitwirkung in diesem Themen, was den Fluglärm und Flughafen Zürich beispielsweise angeht, da darf bezüglich unseres kleinen Kantons natürlich keine grosse Erwartung an die fachlichen Inputs erwartet werden. Was wir gerne machen, ich glaube das kann ich sagen, ist die Unterstützung, was den gemeinsamen Willen angeht. Aber die Erwartung an die Mitwirkung in der Arbeitsgruppe als solches, die darf nicht allzu hoch geschraubt werden. Danke.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Also wir müssen den Antrag dahingehend korrigieren, dass nicht ein Mitglied von Appenzell-Innerrhoden, sondern eines von Appenzell-Ausserrhoden gewünscht wäre. Und ich gebe als nächstes das Wort nach Baden-Württemberg.

**Emil Sänze (Baden-Württemberg):** Vielleicht eine Ergänzung: wir hatten ja bei unserer ersten Sitzung eigentlich gesehen, dass wir nicht instrumentalisiert werden dahin, dass wir beschäftigt werden sollen. Sondern wir wollen eine Lösung herbeiführen. Jetzt hat der Flughafen Zürich ja die wirtschaftliche Bedeutung für die gesamte Region. Aber Flugbewegung in Sonderheit für den ganzen südlichen Raum dieser Hemisphäre, so dass wir gesagt haben, wir müssen das Gewicht dieser Arbeitsgruppe erhöhen. Markus, ich glaube, das war die Erkenntnis. Und das Gewicht können wir nur dann erhöhen, wenn wir ein wirtschaftliches Konzept mit den berechtigten Anliegen der Bürger mixen und das hat den Kreis erweitert. Auch wenn vielleicht der Beitrag nicht so stark sein kann, es entsteht mehr Gewicht durch die Anwohner des Kantons, die auch ein wirtschaftliches Interesse am Flughafen haben, auch wenn sie weiter weg sind. Deshalb war ja zu überlegen, ob man ein gesamtes Konzept über die drei Flughäfen Oberrhein und meinetwegen Friedrichshafen miteinbezieht. Das war die weitere Zielsetzung. Aber auch die ganzen Einwohner als Betroffene zu Beteiligten machen, indirekt über die Landratsämter, die mit ihren Kantonen zu vergleichen sind. Da sind ja schliesslich schon ein paar Millionen Menschen die um den See herum leben. Und damit verleihen wir unserem Antrag mehr Gewicht. Auch im Hinblick Rechnung tragen, dass eben die Verhandlungen zwischen Bern und Berlin stattfinden werden. Das wäre die Idee und deshalb wäre zu begrüssen, Markus, wenn wir so viele wie möglich wären und deshalb bin ich auch dankbar für den Vorschlag von Esther, dass man so viel Leute wie möglich dazu bekommt um dort eine gewisse Wertfreiheit, die es ja nicht gibt, aber zumindest Ideologiefreiheit hineinzubringen und zu sagen, was ist das Für und Wider und wie kann man den Flugverkehr so gestalten, dass er für alle Beteiligten am See erträglich wäre. Das war die Idee vielleicht noch als Ergänzung.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Zuerst möchte ich Muhterem Aras fragen ob Baden-Württemberg in der Lage wäre, jetzt eine andere Person schon zu benennen.

**Muhterem Aras (Baden-Württemberg):** Also die andere Person würde auf jeden Fall benannt, aber ich bin jetzt leider nicht in der Lage, das heute zu tun. Die CDU ist informiert, einen Nachfolger für Herrn Schreiner zu benennen. Herr Schreiner scheidet mit Wirkung vom 24. Oktober, glaube ich, aus dem Landtag aus. Und wie gesagt, wir haben die CDU informiert und das wird dann auch kommen.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Dann gebe ich das Wort an Florian Hunziker.

**Florian Hunziker (Appenzell AR):** Wir wurden angesprochen, wir hätten keine Person in die Kommission abgestellt und ob wir gewillt wären, jemanden zu benennen. Bei der Frühlingsitzung in Vaduz hatten wir die Problematik, dass unser Präsident und der erste Vizepräsident oder zweite Vizepräsident - diese drei bilden unsere Delegation in der IPBK - anwesend waren und es sich abzeichnete, dass der Präsident nicht mehr dabei sein wird aufgrund der Tatsache, dass bei uns jeweils das neue Amtsjahr im Juni beginnt. Und der

erste Vizepräsident wurde in den Regierungsrat gewählt. Das bedeutete, ich war die einzige Person, die überhaupt in eine Kommission Einsitz nehmen hätte können und ich wurde ja Präsident. Jetzt haben wir zwei neue Mitglieder, Beat Landolt als erster Vizepräsident, und die zweite Vizepräsidentin Katrin Alder, die kann heute leider nicht da sein. Sie kennt die IPBK auch noch nicht. Wir haben uns vorher kurz unterhalten und sind darauf gekommen, dass wir bis Ende November euch, respektive dem Vorsitzenden, gerne mitteilen werden, ob Beat Landolt oder Katrin Alder Einsitz nehmen wird. Jemand wird es sein aus dem Kanton Appenzell-Ausserrhoden.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Also die Botschaft ist angekommen, jemand wird Einsitz nehmen. Und wir werden dann sehr gerne den Namen entgegennehmen. Darf ich noch Vorarlberg bitten.

**Harald Sonderegger (Vorarlberg):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Für mich ist etwas interessant, die Entwicklung, die jetzt dieses Ansinnen genommen hat. Weil als wir diese Arbeitsgruppe eingerichtet haben, haben wir ganz bewusst gesagt, es ist eine Arbeitsgruppe und es gibt nicht quasi ein Parallelgremium des Plenums. Und die Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, primär aus der Sicht derjenigen Kantone, die näher dran waren, die eine grössere Betroffenheit gespürt haben. Weil ich zumindest Konsens verspürt hatte auch damals, dass grundsätzlich wir uns alle der Bedeutung und der Wichtigkeit des Flughafens bewusst sind für unser gesamtes Gebiet. Nicht nur von Zürich, sondern auch von Friedrichshafen und Altenrhein bis Richtung München. Also für unseren Grossraum hier sind das einfach sehr wichtige und entscheidende Verkehrsknotenpunkte. Und bei allen berechtigenden Anliegen, die von betroffenen Anrainern oder Anrainergruppen geäussert werden, besteht kein Zweifel, dass die Flughäfen durchaus nicht in Frage gestellt werden. Und wir uns erwartet haben, also nach meinem Verständnis damals, dass aus der Arbeitsgruppe allenfalls nach Anhörung auch dieser betroffenen Bereiche und das Sammeln dieser Meinungen und Ansichten dazu, wir dann hier im Plenum Berichte bekommen. Und wir dann quasi gemeinsam als Plenum diese Anregungen, Anträge unterstützen und es weitergeben werden. Also, das war das Grundverständnis von damals. Und deshalb haben wir auch gesagt, da müssen wir jetzt als weiter Entfernte nicht unbedingt dabei sein. Wenn es sich jetzt so entwickelt, dass wirklich alle mit einer Person vertreten sein sollen und wollen dann werden wir uns Gedanken machen. Heute kann ich es noch nicht benennen, weil wir uns überlegen müssen, allenfalls in welcher Form wir unseren Verkehrssprecher im Land sprechen werden, weil wir diesen damit noch nicht belangt hatten. Also da brauche ich noch etwas Zeit, um das abklären zu können. Dann werden wir das allenfalls gerne dem Vorsitzland melden. Auch, weil wir uns da eigentlich quasi gemeinsam mit Bayern verhalten haben, dass wir natürlich auch gerne die Einschätzung dann von Bayern hätten, um das wirklich hier auch schlussendlich abstimmen zu können. Aber grundsätzlich noch einmal, nach meinem Verständnis, auch aus unserer Statutendiskussion, wir sollten möglichst vorsichtig sein und Arbeitsgruppen Arbeitsgruppen sein lassen und nicht Parallelplen daraus entwickeln. Weil das halte ich nicht für einen wirklich guten Weg, weil die Arbeitsgruppe sammelt jetzt, und holt die Meinungen und Stimmungslagen dazu ein und berichtet hier herein. Und dann werden wir uns als dieses regionale Gremium gemeinsam äussern und verständigen und zu verständigen haben. Also hier wird ein bisschen die Arbeitsweise verkehrt, deshalb meine Skepsis.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank.

**Markus Müller (Schaffhausen):** Also ich kann dich da natürlich beruhigen, Harald, das darf nicht sein, eine Parallelorganisation. Das Vorgehen ist genauso wie du sagst, am Schluss kommen wir alle mit irgendeinem Antrag und mit einer Vorstellung, dann beschliesst dieses Gremium natürlich. Es geht uns wirklich darum, dass wir einfach breit abgestützt sind, dass wir möglichst viele Informationen bekommen, eben auch von euch. Du hast die Bedeutung angesprochen, wir schauen uns jetzt auch an, was die Bedeutung zum Beispiel in der Luftfracht ist. Ich meine die Bodenseeregion ist die Hightech-Gegend Europas, muss man schon sehen, und Hightech-Produkte werden heute per Luftfracht versandt. Und deshalb ist die Bedeutung enorm wichtig für diese Gegend. Das schauen wir uns jetzt auch an in einem nächsten Schritt. Man darf natürlich auch nicht übertreiben mit der Belastung. Für mich ist es auch schon gut, wenn wir ein Mitglied haben, das einmal nicht in eine Sitzung kann, dann ist es auch kein Problem. Aber wir haben ein sehr gutes Protokoll bekommen, ein sehr langes von unserer Sekretärin. Wenn das Mitglied nur schon dieses Protokoll studiert und im Bild ist, und dann vielleicht an eine wichtige oder an der Schlussitzung teilnimmt. Ich will das nicht irgendwie abwerten, aber das ist schon wichtig für uns. Und wenn ihr das wohlwollend anschaut, vielleicht auch mit Bayern zusammen, da bin ich natürlich auch froh.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Dann stelle ich fest, dass von Appenzell-Ausserrhoden und von Baden-Württemberg konkret Namen bekannt gegeben werden, dass Vorarlberg sich das noch einmal überlegt und allenfalls auch einen Namensnennung vornehmen wird. Und Bayern werden wir von uns aus noch diesbezüglich anfragen. Und ich würde dann bitten, dass diese Namen dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Markus Müller, mitgeteilt werden, aber auch unserem Liechtensteinischen Parlamentsdienst, damit wir das auch im Steuerungsausschuss dann noch weiter anschauen können. Ich würde aber davon ausgehen, dass die nun noch vorzuschlagenden Mitglieder, dass wir diese als gewählt betrachten würden und dann nicht die nächste Vollversammlung im nächsten Frühjahr abwarten müssen bis diese dann tätig werden können. Also wenn hier kein Einwand kommt, würden wir diese Mitglieder die benannt werden, als gewählt betrachten. Vielen Dank.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? Wenn nicht, haben wir Traktandum 7 erledigt.

## **8. Information aus dem Steuerungsausschuss**

### **a) Thematik Funkfrequenz**

### **b) Aktueller Stand der Überarbeitung der Homepage der IPBK/künftige Pflege/Kosten**

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Wir gehen über zu Traktandum 8: Informationen aus dem Steuerungsausschuss. a) Thematik Funkfrequenz Bodensee. Wie Sie alle wissen beschäftigt diese Thematik die IPBK schon seit Jahren. In der Frühjahrskonferenz haben wir festgestellt, dass derzeit kein Fortschritt zu erzielen ist. Der Steuerungsausschuss schlägt

daher vor, diese Thematik vorerst von der Pendenzenliste zu streichen, weil wir derzeit nicht wirklich eine Möglichkeit sehen, einen Schritt weiterzukommen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? Wenn nicht werde ich darüber abstimmen lassen, dass wir diese Thematik vorerst streichen.

**Harald Sonderegger (Vorarlberg):** Ja, Albert, ich würde bitten, dass wir es noch nicht von der Pendenzenliste streichen. Ich wurde kurz vor meiner Abfahrt nach Strassburg von dem Abgeordneten Hubert Kinz angesprochen, dass ihm anscheinend zu Ohren gekommen sei, dass es hier auf Schweizer Seite Bewegung gäbe über das Bundesamt. Und dass hier verschiedene neue Aktivitäten absehbar wären. Er hat zugesichert, mir die ihm zugegangenen Unterlagen zu übermitteln. Dass wir diese dann an das Vorsitzland weiterleiten können. Also es scheint hier, mir aber noch nicht in konkretem bekannt, etwas in Bewegung zu kommen. Und ich würde das dann, sobald es mir zugegangen ist, gerne an dich weiterleiten, Albert, damit wir dann beurteilen und einschätzen können, in welcher Form hier noch Schritte möglich und erforderlich sind.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank, das wäre natürlich sehr erfreulich, wenn hier doch noch Bewegung möglich wäre. Ist von Schweizer Seite vielleicht jemandem bekannt, dass sich hier etwas Neues ergeben hätte?

**Esther Guyer (Zürich):** Es ist nicht direkt bekannt, dass neue Ergebnisse vorhanden sind. Aber mindestens würde ich unterstützen, dass wir nachfragen, was überhaupt im Umlauf ist, ob etwas ist. Und es stört ja nicht, wenn es noch einmal auf die Traktandenliste kommt. In der Schweiz bewegt sich manchmal vieles und niemand merkt es, dieses Mal suchen wir die Wahrheit.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank, Esther.

**Felix Bischofberger (St. Gallen):** Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das war ja das Thema vom Kollegen Kinz, wo wir da auch mit der Sämtisbahn diskutiert haben. Hier hat ein Schriftwechsel stattgefunden, ebenso mit dem Bundesamt. Wir wurden darauf hingewiesen, dass hier eine Diskussionsbereitschaft vorliegt. Ich weiss nicht, ob die Briefe ans Präsidium weitergegangen sind oder an den Vorsitzenden. Es ist etwas gegangen in dieser Zeit. Auch die Sämtisbahnen haben diese Funkfrequenz gar nicht mehr, haben wir dann erfahren. Die ist schon lange vergeben. Aber hier ist etwas gegangen. Ich weiss nicht, Moritz, weisst du etwas dazu?

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Danke, Felix.

**Moritz Von Wyss (Zürich):** Ja, Entschuldigung Herr Präsident, also kurz: das letzte Schreiben des BAKOM war es, sie wären schon bereit, es frei zu geben, aber es komme auf die deutschen Bundesländer und auf Vorarlberg an. Das war die letzte Information, die wir aus der Schweiz hatten. Und aufgrund dieses Schreibens hat man gedacht, ja gut, dann ist es jetzt eigentlich auch eine Frage der anderen Seite, der Parlamente, vorzugehen. In dem Sinne kann man das eigentlich von der Bodensee-Konferenz weglassen. Aber man kann das ja auch drauf lassen, wenn es jetzt eine Bewegung gegeben hat. Also uns ist nichts zugegangen, das kann ich sagen.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Aber ich denke, so flexibel sind wir, dass wir diesen Antrag zurückziehen können vom Steuerungsausschuss. Wir lassen das pendent. Ich sehe zumindest keine Opposition.

Damit gehen wir über zu Traktandum 8 b): aktueller Stand der Bearbeitung der Homepage der IPBK, die künftige Pflege und die Kosten. Ich bitte Karin Egli-Zimmermann um Informationen zum Angebot, das wir sehr verdanken, und zum Antrag des Kantonsrats Zürich.

Karin Egli-Zimmermann (Zürich): Sehr gerne. Herr Vorsitzender, geschätzte Anwesende. Esther Guyer hat vorhin gesagt, es wird nicht alles bemerkt, aber vielleicht haben die einen oder anderen bemerkt, dass die Homepage bereits aufgeschaltet ist. Man kann sie unter [www.bodenseeparlamente.org](http://www.bodenseeparlamente.org) ansehen. Es ist sehr grosszügig aufgeschaltet und man hat darauf viele Informationen und unser Antrag von Seiten des Kantons Zürich wäre nun, dass wir das Hosting weiterhin übernehmen würden für diese Homepage mit einer neutralen E-Mailadresse, wo jeder sich einbringen kann, wenn er wichtige Informationen hat. Die würde dann aufgeschaltet. Wir haben dies bereits im Steuerungsausschuss angeschaut und unser Vorschlag wäre, dass wir für dieses Hosting eine Aufwandentschädigung von CHF 500 pro Jahr erhalten würden. Ich denke, das ist sicher ein geringer Betrag. Wir würden auch vorschlagen, dass das jeweils vom Vorsitzland bezahlt würde. Das wäre unser Antrag, vielen Dank.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Also wir haben im Steuerungsausschuss dieses Angebot mit sehr viel Wohlwollen und Dank entgegengenommen. Ich finde das sehr grosszügig vom Kanton Zürich, möchte aber gerne das Wort freigeben, ob es hierzu Wortmeldungen gibt. So wie ich das verstanden habe, wäre das ein einmaliger Betrag und nicht von jedem Mitgliedsland zu bezahlen, sondern vom jeweiligen Vorsitzland.

**Markus Müller (Schaffhausen):** Also vielleicht ganz kurz als Motivator für die Kolleginnen und Kollegen, wir sind ja nächstes Jahr Vorsitzland. Wir haben kürzlich bei unserem Gremium beschlossen, dass wir diese CHF 500 übernehmen werden. Also nächstes Jahr ist es garantiert und jetzt hoffe ich, dass wir breite Zustimmung zum Ganzen bekommen. Man muss schon sehen, ich bin sehr froh und der Steuerungsausschuss war sehr froh, dass Zürich das übernommen hat, die Kapazität hat. Weil eine Homepage muss gepflegt werden, sonst lässt man es besser bleiben.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Also: Sie haben das Angebot des Kantons Zürich gehört. Und ich möchte der guten Form halber noch darüber abstimmen lassen. Wer das Angebot, das ich nochmals ganz herzlich verdanken möchte, des Kantons Zürich annehmen will und auch mit einem jährlichen Betrag des Vorsitzlandes oder Vorsitzkantons von CHF 500 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben.

Dem Antrag wurde einhellig stattgegeben und ich bedanke mich nochmals sehr herzlich beim Kanton Zürich.

## 9. Diverses

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Wir gehen über zu Traktandum 9: Diverses. Seitens des Steuerungsausschusses gibt es hierzu keine Themen. Gibt es Wortmeldungen unter Diverses?

**Arthur Loepfe (Bodenseerat):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Ich möchte mich im Namen des Bodenseerates herzlich für diese Einladung bedanken. Wir freuen uns über diese Möglichkeit des Informationsaustausches mit Ihnen. Wir pflegen ja auch einen intensiven Informationsaustausch mit der IBK. Für uns sind eigentlich jetzt diese drei genannten oder diese zwei genannten Schwesternorganisationen die wichtigsten Partner.

Wer ist der Bodenseerat? Ganz kurz: eine ideelle Vereinigung von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur der Bundesländer und Kantone um den See. Zweck ist die Förderung der Euregio Bodensee. Wir haben jetzt auch eine neue Webseite, Sie können sie jederzeit besuchen: <https://www.bodenseerat.org/>

Dann nur ganz kurz ein paar Aktualitäten. Aktivitäten 2017: wir hatten Wahlen, die Amtsperiode geht bei uns vier Jahre. Es wurde ein neuer Präsident gewählt, das ist der Landrat Frank Hämmerle aus Konstanz. Er hat, und das ist das Schöne und Wichtige, eine gute Infrastruktur technischer wie auch personeller Art. Früher, zu meiner Zeit, war das alles privat, und ich bin sehr glücklich, dass wir einen Nachfolger gefunden haben. Wir leben nur von Sponsoren in jeder Hinsicht, weil wir keine anderen Gelder haben wollen. Wir ziehen auch keine Mitgliederbeiträge ein, nichts dergleichen. Ich verbleibe noch eine gewisse Übergangszeit als Vizepräsident dem Bodenseerat erhalten, und dann wird es auch diesbezüglich Änderungen geben.

Dann zu den Themen die wir im 2017 bearbeitet haben: Innovationslandschaft Vier-Länder-Region, internationale Bodensee-Hochschulen, diese 30 Institutionen, man hat sich über die aktuellen Projekte, die da laufen, für den Transfer und die Projekte, auch mit 4.0 Innovation, informiert und man hat diese an einer Sitzung in Weinfelden behandelt. Nächstes Jahr, damit schliesse ich, ist vorgesehen, die Integration der Flüchtlinge in die Arbeitswelt im Bodenseeraum zu behandeln. Und ein zweites Thema wird die Clusterbildung sein. Ich danke Ihnen, Herr Präsident, und wünsche Ihnen viel Glück bei Ihrer Arbeit.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Gibt es weitere Wortmeldungen unter Diverses?

**Klaus-Dieter Schnell (IBK Geschäftsführer):** Herr Vorsitzender, geschätzte Damen und Herren. Ich möchte noch auf eine Publikation der Kommission Wirtschaft aufmerksam machen: Die internationale Bodenseeregion in Zahlen von den Statistikstellen, ein Flyer, ich habe Ihnen hinten einige Exemplare aufgelegt, die Sie gerne mitnehmen können.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Keine weiteren Wortmeldungen, somit haben wir auch Traktandum 9 erledigt.

## **10. Tagungen der Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz im Jahr 2018 in Schaffhausen – Information des Kantons Schaffhausen**

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Wir kommen zum letzten Traktandum 10: Tagungen der IPBK im Jahr 2018 in Schaffhausen. Hierzu darf ich das Wort an Markus Müller übergeben.

**Markus Müller (Schaffhausen):** Also Herr Vorsitzender, lieber Albert, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns natürlich sehr auf nächstes Jahr. Das ist eine tolle Sache. Man muss ja jeweils warten, bis man die Ehre hat, diesen Vorsitz zu haben und wir sind ja bereits am planen. Also ich bitte Sie bereits, die Daten festzuhalten in Ihrer Agenda und das auch zu Protokoll zu nehmen, dann haben wir es. Die Frühlingstagung wird am 12. und 13. April im nächsten Jahr und die Herbsttagung am 18. und 19. Oktober, stattfinden. Wie gesagt, das wird dann auch im Protokoll erscheinen, dann haben Sie es schriftlich. Die Latte ist recht hoch gelegt worden vom Kollegen Albert Frick hier aus Liechtenstein, wir müssen uns da natürlich sehr Mühe geben, dass wir das Niveau halten können. Ich hoffe, das wird funktionieren. Die Themen werden uns auch nicht ausgehen. Zu den Themen können wir jetzt noch nichts sagen, die werden ja im Steuerausschuss definiert und natürlich auch mit den Inputs von Mitgliedsländern und -Kantonen. Vielleicht kann ich noch anfügen, dass wir sehr wahrscheinlich eine Konzeptänderung insofern vornehmen werden. Es hat sich so eingebürgert: wir haben ein Vorabendprogramm, wir haben dann die Sitzung und wir haben ein Mittagessen und ein Nachprogramm kulturell, sozial oder was immer es ist. Wir werden das wahrscheinlich so ändern, dass wir das Vorabendprogramm sicher aufrechterhalten, ich finde das wichtig, auch das Zusammensitzen. Dann am anderen Tag die Sitzung mit Mittagessen, aber kein Nachprogramm. Weil ich habe es immer als etwas störend empfunden auch für den Gastgeber, wenn die Leute bereits wieder fortspringen, die müssen weg, die müssen ins Wochenende, sie melden sich an und kommen dann trotzdem wieder nicht an den Anlass. Die Sitzung kann man dann allenfalls ausdehnen, wenn es nötig ist. Wenn die Themen einmal noch grösser werden und noch schwerwiegender. Beim Mittagessen kann man dann ja vielleicht sogar etwas länger sitzen bleiben und etwas ungezwungener sprechen. Das ist vielleicht so auch gut. Das zu den Tagungen, die nächstes Jahr stattfinden werden.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank. Kannst Du noch das Datum der Präsidentenkonferenz bekannt geben?

**Markus Müller (Schaffhausen):** Die Präsidentenkonferenz wird am 22. Juni stattfinden, danke für den Hinweis.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Vielen Dank, Markus.

Gibt es Fragen hierzu? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit schreite ich zum letzten Akt meiner Tätigkeit als Vorsitzender der IPBK, nämlich die Übergabe der Sitzungsglocke an den Kanton Schaffhausen. Markus - darf ich dich kurz nach vorne bitten, damit ich dir die Sitzungsglocke überreichen kann?

**Markus Müller (Schaffhausen):** Kann ich hier ein paar Worte sprechen? Also ich bedanke mich ganz herzlich für dieses Symbol, das wir an den Kanton Schaffhausen für ein Jahr durchführen dürfen. Und es ist sehr schwergewichtig muss ich da attestieren. Wie gesagt, wir freuen uns natürlich sehr, dass wir diese grosse Ehre haben, die Konferenz für ein Jahr beherbergen und betreuen zu dürfen. Ich möchte es jetzt aber nicht versäumen, noch ein paar Dankesworte an das jetzige Gastgeberland zu sprechen. Wir haben uns sehr wohl gefühlt hier, ich glaube, ich darf im Namen von allen sprechen und ich möchte mich dafür ganz herz-



lich bei Albert Frick und bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Es war eine tolle Zeit und ich muss sagen, Albert Frick ist natürlich im Grunde genommen ein Pionier, ein aufgezwungener Pionier, wir haben ja das Statut geändert, wir haben jetzt einen Steuerungsausschuss, und er hat diesen erstmals geführt, er ist das erste Mal in Kraft getreten. Und dadurch hatte ich auch ein weiteres Vergnügen, ich durfte jetzt zwei Jahre mit Albert zusammenarbeiten. Und es wird ein weiteres Jahr geben, er wird nämlich nächstes Jahr auch im Steuerungsausschuss sein. Zur Erinnerung: der Steuerungsausschuss besteht immer aus dem Land, das den Vorsitz letztes Jahr hatte, dieses Jahr hat und nächstes Jahr hat. Damit entsteht eine gewisse Kontinuität auch der Themen und in der Organisation. Und auch sehr wichtig: ich verabschiede jetzt auch offiziell den Kanton Zürich aus dem Steuerungsausschuss dieses Gremiums. Das bedauere ich sehr, weil sie gute und grosse Inputs geleistet haben. Neu kommt der Kanton Thurgau dazu. Also nächstes Jahr werden wir den Kanton Thurgau, den Kanton Schaffhausen und Liechtenstein im Steuerungsausschuss haben. Ich glaube, es war ein erfolgreiches Jahr in Liechtenstein und es hat der Konferenz sehr gut getan, dem Gremium gut getan und ich hoffe auch die weitere Zusammenarbeit wird so weitergehen in diesem Rahmen. Und deshalb freuen wir uns und nochmals ganz herzlichen Dank im Namen von uns allen an Albert Frick und sein Team.

**Landtagspräsident Albert Frick (FL):** Danke, lieber Markus für diese netten Worte. Meine Damen und Herren, ich gebe gerne zu, dass es mir eine Freude und Ehre war, Vorsitzender der IPBK und Ihr Gastgeber zu sein. Und ich bedanke mich auch für Ihre Unterstützung und für die Mitarbeit. Ich möchte mich auch noch ganz speziell bedanken bei den Mitgliedern unseres Parlamentsdienstes, die die organisatorischen Arbeiten vorgenommen haben. Mit dieser Bemerkung möchte ich die Sitzung schliessen. Herzlichen Dank.

### **Nächste Sitzung**

Die nächste Sitzung findet am 12./13. April 2018 unter dem Vorsitz des Kantons Schaffhausen statt.

### **Pressemitteilung:**

Zur heutigen Sitzung wurde am Freitagnachmittag, 20. Oktober 2017, eine Pressemitteilung versandt.

### **Protokollverantwortlicher:**

Philipp Pfeiffer, Landtagssekretär-Stellvertreter, Fürstentum Liechtenstein

Vaduz, 2. November 2017 PD